

**Stellungnahme der CDU-Abgeordneten  
zum Abschlussbericht des  
HSH Untersuchungsausschusses**

# 1 **A. Einleitung**

## 2 3 **I. Untersuchungsauftrag**

4  
5 Mit Beschluss vom 27. Oktober 2009 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag auf Antrag der Fraktionen von  
6 CDU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen und SWW den „Ersten Parlamentarischen Untersuchungsaus-  
7 schuss“ der 17. Wahlperiode zur Untersuchung der Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank eingesetzt.  
8

9 Untersuchungsgegenstand war das Handeln der Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung in  
10 den Gremien der Bank in Hinblick darauf, ob sie die Interessen des Landes Schleswig-Holstein ausreichend  
11 vertreten und das Land vor finanziellem Schaden bewahrt haben. Der Auftrag des Untersuchungsausschus-  
12 ses bestand ferner darin zu klären, ob das Parlament und seine Ausschüsse durch die Landesregierung  
13 wahrheitsgemäß und vollständig über die Situation der HSH-Nordbank informiert worden ist.  
14

## 15 **II. Arbeit des Untersuchungsausschusses**

16  
17 Die Arbeit des Untersuchungsausschusses von der Einsetzung bis zum Schluss der Beweiserhebung erstreck-  
18 te sich über einen Zeitraum von vierzehn Monaten, von Oktober 2009 bis Ende Januar 2011. In dieser Zeit-  
19 spanne hat der Ausschuss 64 Sitzungen abgehalten.  
20

21 Neben zahlreichen internen Arbeitssitzungen hat der Untersuchungsausschuss in 28 überwiegend öffentlichen  
22 Sitzungen insgesamt 27 Zeugen vernommen. Der Kreis der Zeugen erstreckte sich von Vorstandsmitgliedern  
23 und Mitarbeitern der HSH Nordbank über Mitglieder des Aufsichtsrates bis hin zu Vertretern von Wirtschafts-  
24 prüfern, Rating-Agenturen und Bankenaufsicht.  
25

26 Die Arbeit des Untersuchungsausschusses beruhte zudem auf umfangreichen Unterlagen, die der Ausschuss  
27 sowohl von der HSH Nordbank als auch von der Landesregierung angefordert hatte. Insgesamt wurden 168  
28 Aktenordner mit einem Inhalt von rund 50.000 Seiten Papier gesichtet. Der überwiegende Teil dieser Unterla-  
29 gen wurde dem Ausschuss als Verschlussache nur für den Dienstgebrauch zur Verfügung gestellt.  
30

## 31 **III. Gegenstand der Stellungnahme**

32  
33 Mit der vorliegenden Stellungnahme nehmen die CDU-Abgeordneten im HSH Untersuchungsausschuss ihre  
34 Abschlussbewertung zum Untersuchungsauftrag vor. Gegenstand der Stellungnahme sind die Einschätzun-  
35 gen und Beurteilungen der CDU-Abgeordneten im HSH Untersuchungsausschuss zu einzelnen Untersu-  
36 chungsaspekten. Daneben wird mit dieser Stellungnahme aber auch auf bereits veröffentlichte Kommentare  
37 anderer Landtagsfraktionen eingegangen.  
38

39 Die vorliegende Stellungnahme ersetzt nicht den offiziellen Abschlussbericht des Untersuchungs-  
40 ausschusses, sondern ergänzt diesen um eine politische Einordnung und Bewertung der Untersuchungser-  
41 gebnisse aus Sicht der CDU-Abgeordneten im HSH Untersuchungsausschuss. Auf eine umfangreiche Sach-  
42 darstellung wird deshalb im Rahmen dieser Stellungnahme insoweit verzichtet, wie die Sachverhalte bereits  
43 im Abschlussbericht enthalten sind.

#### IV. Gang der Untersuchung

In Kapitel B der Stellungnahme wird die Entwicklung der HSH Nordbank chronologisch beleuchtet. Der Gesamtzeitraum wird hierzu in drei Zeitabschnitte unterteilt, wobei der erste von der Gründung der Bank im Jahre 2003 bis zum Auslaufen der Gewährträgerhaftung Mitte 2005 reicht. Der anschließende zweite Zeitabschnitt umfasst die Zeitspanne bis zum Eintreten der Schieflage in Folge der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Der abschließende dritte Zeitabschnitt reicht bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes im September 2009.

Die einzelnen Untersuchungsgegenstände, wie z.B. Inanspruchnahme der Gewährträgerhaftung, Volumen und Zusammensetzung des Kreditsatzgeschäftes, die Einführung des Schnellankaufverfahrens, die Ausgestaltung des Risikomanagements und der Abschluss der Omega-Geschäfte werden diesen Zeitabschnitten entsprechend ihrer jeweiligen Relevanz und zeitlichen Bedeutung zugeordnet und einer politischen Beurteilung unterzogen.

In Kapitel C wird schließlich das zusammenfassende Fazit und die politische Beurteilung aus Sicht der CDU-Abgeordneten im Untersuchungsausschuss vorgenommen. Darüber hinaus wird auf aktuelle und zukünftige Entwicklungen bei der HSH Nordbank eingegangen. Die Stellungnahme endet mit den Schlussfolgerungen der CDU-Abgeordneten aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre, wobei gleichzeitig eine Abgrenzung zu anderen politischen Sichtweisen vorgenommen wird.

## 64 **B. Entwicklung der HSH Nordbank**

### 65 **I. Die Entstehung der HSH Nordbank:**

#### 66 **Von der Fusion im Jahr 2003 bis zum Auslaufen der Gewährträgerhaftung 2005**

67  
68  
69 Das Ende dieser ersten Zeitspanne wird durch das Auslaufen der Gewährträgerhaftung am 18. Juli 2005  
70 bestimmt. Im Hinblick auf diese zwischen Bundesregierung und EU-Kommission getroffene Vereinbarung  
71 wurde im Jahr 2003 die Fusion der Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein vollzogen. Der Weg-  
72 fall der Gewährträgerhaftung ist somit als entscheidende Wegmarke in der Geschichte der HSH Nordbank  
73 anzusehen. Gleichzeitig ist das Ende dieses Zeitraums nahezu deckungsgleich mit dem Regierungswechsel  
74 in Schleswig-Holstein. Nach Ablösung der Koalition aus SPD und Grünen nahm die neu gebildete Regierung  
75 von CDU und SPD am 27. April 2005 ihre Amtsgeschäfte auf. In der Hauptversammlung der HSH Nordbank  
76 wurden am 4. Mai 2005 Finanzminister Rainer Wiegard und Innenminister Dr. Ralf Stegner als neue Vertreter  
77 des Landes Schleswig-Holstein in den Aufsichtsrat gewählt. Bis zum Wegfall der Gewährträgerhaftung fand  
78 ausschließlich die konstituierende Sitzung des neu besetzten Aufsichtsrates am 4. Mai 2005 statt.  
79

#### 80 **1. Die Abschaffung der Gewährträgerhaftung und die unmittelbaren Folgen**

81  
82 In der Verständigung zwischen Bundesregierung und EU-Kommission vom 17. Juli 2001 zum Wegfall von  
83 Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei öffentlichen Banken ist der eigentliche Ausgangspunkt der gesam-  
84 ten Entwicklung der HSH Nordbank zu sehen. Bis zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung  
85 basierte das Geschäftsmodell der öffentlichen Landesbanken ganz wesentlich darauf, dass sie sich mit der  
86 Rückendeckung der öffentlichen Anteilseigner am Markt günstiger refinanzieren konnten als konkurrierende  
87 private Kreditinstitute. Auf diese Weise besaßen die Landesbanken im Kreditgeschäft einen klaren Wettbe-  
88 werbsvorteil, da sie aufgrund der geringeren Refinanzierungskosten Kredite zu niedrigeren Zinsen als die  
89 private Konkurrenz anbieten konnten. Mit anderen Worten: Die Garantie des Steuerzahlers, für die Verbind-  
90 lichkeiten der Bank gegenüber ihren Gläubigern einzustehen – und um nichts Anderes handelte es sich bei  
91 der Gewährträgerhaftung – ermöglichte es den Landesbanken ihre Geschäfte zu betreiben.  
92

93 Allerdings beschränkten sich die Landesbanken nicht darauf, hieraus Vorteile allein im Kreditgeschäft zu zie-  
94 hen. Auch bei der Anlage der günstig beschafften Mittel in Form von festverzinslichen Wertpapieren konnten  
95 die Landesbanken eine Zinsmarge generieren, solange die erworbenen Wertpapiere eine geringfügig  
96 schlechtere Bonität und somit eine höhere Verzinsung aufwiesen, als es bei den eingegangenen Verbindlich-  
97 keiten aufgrund der erstklassigen Bonität des öffentlichen Gewährträgers der Fall war. Allein für die Landes-  
98 bank Schleswig-Holstein standen im Jahr 2002 Anlagen in Schuldverschreibungen und anderen festverzinsli-  
99 chen Wertpapieren in einem Volumen von über 24 Mrd. Euro in der Bilanz.<sup>1</sup> Gemäß Bericht der Wirtschafts-  
100 prüfer von KPMG entfielen hiervon 13,7 Mrd. Euro auf sogenanntes Kreditersatzgeschäft.<sup>2</sup> Unterstellt man  
101 eine Zinsmarge von nur 0,5%-Punkten ergibt sich aus diesen Anlagen ein Ergebnis von 120 Mio. bzw. 68,5  
102 Mio. Euro. Im selben Jahr belief sich der Jahresüberschuss auf 128,4 Mio. Euro.<sup>3</sup> **Anders ausgedrückt:**  
103 **Ohne die auf der Gewährträgerhaftung basierende Erträge aus dem Kreditersatzgeschäft wäre die**  
104 **Rentabilität und damit auch die Dividendenfähigkeit erheblich beeinträchtigt gewesen.**

---

<sup>1</sup> Geschäftsbericht 2002 der Landesbank Schleswig-Holstein, Bilanz-Einzelabschluss, Seite 70. Forderungen ggü. ande-  
ren Kreditinstituten machten weitere 23 Mrd. Euro aus. Beide Bilanzpositionen zusammengenommen übertrafen somit  
das eigentliche Kreditgeschäft (Forderungen an Kunden), welches sich auf rund 45 Mrd. Euro belief.

<sup>2</sup> Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „HSH  
Nordbank“, Drucksache 19/8300, Seite 281

<sup>3</sup> Geschäftsbericht 2002 Landesbank Schleswig-Holstein, Gewinn- und Verlustrechnung Einzelabschluss, Seite 81.

105 **Mit der Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung aufgrund der Vereinbarung zwischen**  
106 **Bundesregierung und EU-Kommission war das Geschäftsmodell der Landesbanken damit in wesent-**  
107 **lichen Teilen nicht mehr existent. In dieser Situation hätte die damalige rot-grüne Landesregierung als**  
108 **Mehrheitseigentümerin einen grundlegenden Kurswechsel bei der Landesbank Schleswig-Holstein**  
109 **einleiten können:** Eine deutliche Reduzierung des Geschäftsvolumens verbunden mit einer Beschränkung  
110 auf die regionale Kreditvergabe und ein Verzicht auf das Kreditersatzgeschäft wären eine mögliche Hand-  
111 lungsalternative aus der Vereinbarung mit der EU-Kommission gewesen. Eine derartige Konzentration der  
112 Landesbank Schleswig-Holstein auf ihre originäre Funktion als Spitzeninstitut der schleswig-holsteinischen  
113 Sparkassen wäre zweifelsohne mit einer geringeren Rentabilität und Dividendenerwartung verbunden gewe-  
114 sen. Sie hätte jedoch die Risiken des Landes als Anteilseigner erheblich reduziert. Der Rückzug des Landes  
115 als Anteilseigner und die Mehrheitsübernahme der Landesbank durch den Sparkassen- und Giroverband  
116 Schleswig-Holstein wäre die logische Konsequenz gewesen.

117  
118 Die Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein mit der Hamburgischen Landesbank war grundsätzlich eben-  
119 falls dazu geeignet, eine derartige strategische Neuausrichtung flankierend zu begleiten. Eine Bank mit nied-  
120 rigerem Geschäftsvolumen ist zur Erhaltung ihrer Rentabilität entscheidend darauf angewiesen, ihre Kosten-  
121 basis möglichst klein zu halten. Die Fusion beider Landesbanken hätte hierzu durch die Ausnutzung von  
122 Synergieeffekten einen nicht unerheblichen Beitrag leisten können. Die tatsächlichen Fusionsziele unter-  
123 schieden sich davon allerdings grundlegend: Nicht die gemeinsame Kostenersparnis stand im Vordergrund,  
124 sondern die Neuausrichtung der fusionierten Landesbanken zu einer wachstumsorientierten, international  
125 tätigen Geschäftsbank. Die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion kommt in ihrem Minderheitenvotum zum  
126 dortigen Abschlussbereich zum selben Ergebnis: „Die HSH Nordbank wurde nach ihrer Gründung systema-  
127 tisch und radikal umgebaut und auf Wachstum – Renditewachstum und Bilanzwachstum – ausgerichtet.“<sup>4</sup>

128  
129 Wie aus dem Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses vom 09. bis 11. April 2003 in Luxemburg hervor-  
130 geht, bestand bereits im Vorfeld der Fusion die Erwartung, die „Eigenkapitalrentabilität der Bank von derzeit  
131 10,4% auf etwa 17% im Jahr 2005 zu steigern und dann an die Börse zu gehen“.<sup>5</sup> Die Zeugenaussage des  
132 ehemaligen Aufsichtsratsmitgliedes Dr. Gerd Krämer, der die Miteigentümerin WestLB im Aufsichtsrat vertrat,  
133 machte deutlich, dass von Seiten der WestLB eine Renditevorgabe in entsprechender Größenordnung ge-  
134 genüber dem Vorstand der HSH Nordbank existierte.<sup>6</sup> Angesichts der engen politischen Verbundenheit des  
135 SPD-regierten Schleswig-Holstein mit dem ebenfalls SPD-regierten Nordrhein-Westfalen und der grauen  
136 Eminenz der nordrhein-westfälischen SPD, Friedel Neubert, an der Spitze der WestLB, erscheint es durchaus  
137 naheliegend und plausibel, dass diese Renditevorgabe auch von Seiten der Schleswig-Holsteinischen Lan-  
138 desregierung bestand oder zumindest geteilt wurde. Als einziges Motiv für die eingeschlagene Neuausrich-  
139 tung der Landesbank ist zudem die Erzielung von mindestens gleichbleibenden oder sogar gesteigerten Divi-  
140 dendeneinkünften zugunsten des Landeshaushaltes erkennbar. Auch diese Überlegung spricht für eine dies-  
141 bezügliche Renditevorgabe der Landesregierung gegenüber der HSH Nordbank.

142  
143 **Die Aussage des Zeugen Dr. Ralf Stegner, der die Existenz einer derartigen Renditevorgabe durch die**  
144 **Landesregierung verneinte,<sup>7</sup> erscheint somit stark zweifelhaft.** Auch wenn dem Untersuchungsaus-  
145 schuss eine diesbezügliche Beweisführung aufgrund des Fehlens eines expliziten Kabinettsbeschlusses nicht

---

<sup>4</sup> Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „HSH Nordbank“, Drucksache 19/8300, Minderheitsbericht der SPD-Abgeordneten, Seite 616

<sup>5</sup> Protokoll der 100. Sitzung des Finanzausschusses, 15. Wahlperiode, Seite 4

<sup>6</sup> Protokoll der 54. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 7

<sup>7</sup> Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 10

146 möglich war, so ist doch davon auszugehen, dass auch mündliche Aussagen der Mitglieder der Landesregie-  
147 rung gegenüber den Bankvorständen von diesen als zumindest implizite Renditevorgabe angesehen worden  
148 sind. Die SPD-Mitglieder im Hamburger Untersuchungsausschuss kommen auch an dieser Stelle zu einem  
149 deckungsgleichen Fazit: „Auch wenn die öffentlichen Anteilseigner gegenüber der Bank keine Renditevorga-  
150 ben in konkreten Prozentzahlen formulierten, so gab es doch hohe Renditeerwartungen, die kommuniziert  
151 und vom Vorstand in seinen Planungen antizipiert wurden. Diese Renditeerwartungen der Anteilseigner, um-  
152 gesetzt in Renditevorgaben des Vorstands, haben einen Renditedruck erzeugt, der mit dazu geführt hat, dass  
153 Geschäfte eingegangen wurden, die in ihrer Summe Risiken bargen, die geeignet waren, den Bestand der  
154 Bank zu gefährden. Damit tragen die Vertreter der Anteilseigner erhebliche Mitschuld an der Schieflage der  
155 Bank und den Vermögensschaden der FHH.“<sup>8</sup>

156  
157 **Selbstkritisch ist anzumerken, dass die von der rot-grünen Landesregierung vorgenommene grund-**  
158 **legende Weichenstellung auch von der damaligen CDU-Fraktion im Landtag mitgetragen wurde. Die**  
159 **gleiche Selbstkritik wäre allerdings auch vom damaligen Finanzminister Dr. Ralf Stegner zu erwarten**  
160 **gewesen.** In seiner Landtagsrede vom 7. Mai 2003 hatte er die Fusion der Landesbanken noch mit den Wor-  
161 ten gelobt: „Claus Möller hat mit diesem Gesetzeswerk ein Meisterstück abgeliefert.“<sup>9</sup> In seiner Vernehmung  
162 durch den Untersuchungsausschuss brachte er zum Ausdruck, dass die Verantwortung für die Fusion der  
163 beiden Landesbanken in den Zuständigkeitsbereich des damaligen Ministers ohne Geschäftsbereich Claus  
164 Möller gefallen sei. Erst mit der vollzogenen Fusion hätte er als Finanzminister die Zuständigkeit für die neu  
165 gegründete HSH Nordbank erlangt.<sup>10</sup> Dieses Argumentationsmuster entspricht exakt demjenigen von Prof.  
166 Dr. Nonnenmacher bezüglich seiner Rolle bei den Omega-Geschäften: Die Verantwortung für die getroffene  
167 Entscheidung wird damit allein den unmittelbar handelnden Personen zugewiesen. Eine Gesamtverantwor-  
168 tung mag der damalige Finanzminister Dr. Stegner, der als Mitglied der Landesregierung seine Zustimmung  
169 zur Fusion der Landesbanken unter den oben genannten Vorzeichen gab, offenbar nicht zu erkennen.

## 170 171 **2. Abschaffung der Gewährträgerhaftung - aber mit mehrjähriger Übergangsfrist**

172  
173 Die Verständigung mit der EU-Kommission zur Abschaffung der Gewährträgerhaftung war zweifelsfrei wett-  
174 bewerbpolitisch gerechtfertigt und die vorgenommene Neuausrichtung der Landesbanken Hamburg und  
175 Schleswig-Holstein war in der Art und Weise ihrer Umsetzung – wie zuvor dargestellt – keineswegs die einzi-  
176 ge daraus resultierende Handlungsalternative. Gleichwohl war die Vereinbarung zwischen der damaligen rot-  
177 grünen Bundesregierung und der EU-Kommission mit einem schweren Konstruktionsfehler behaftet, dessen  
178 Ausnutzung sich für die HSH Nordbank als folgenschwer erweisen sollte. Die Einräumung einer Übergangs-  
179 frist bis zum 18. Juli 2005 erlaubte es nämlich den Landesbanken, weitere vier Jahre Kapital im Rahmen der  
180 Gewährträgerhaftung aufzunehmen. Bei Ablauf der Übergangsfrist am 18. Juli 2005 belief sich der Umfang  
181 der von der HSH Nordbank und ihren Vorgängerinstituten im Rahmen der Gewährträgerhaftung bestehenden  
182 Verbindlichkeiten auf 165 Mrd. Euro. Hierfür hafteten die Gewährträger gesamtschuldnerisch, so dass unter  
183 Umständen das Land Schleswig-Holstein alleine für die Begleichung dieser Verbindlichkeiten hätte aufkom-  
184 men müssen. Selbst bei einer gleichgewichteten Aufteilung auf die Bundesländer Hamburg und Schleswig-  
185 Holstein hätte der schleswig-holsteinische Anteil von 82,5 Mrd. immer noch das Volumen des damaligen  
186 Landeshaushaltes um das Zehnfache übertroffen.

---

<sup>8</sup> Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „HSH Nordbank“, Drucksache 19/8300, Minderheitsbericht der SPD-Abgeordneten, Seite 639

<sup>9</sup> Protokoll der 86. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 15. Wahlperiode, Seite 6523

<sup>10</sup> Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 4

187 **Ein Risikobewusstsein der damaligen rot-grünen Landesregierung bezüglich der möglichen Folgen**  
188 **für den Landeshaushalt war offenbar nicht vorhanden. Vielmehr wurden die Landesbank und ihre**  
189 **jährlichen Ausschüttungen von SPD und Grünen als weitgehend risikolose Form der Finanzierung**  
190 **öffentlicher Aufgaben angesehen. Bezeichnend für die damalige Situation und die Einschätzung der**  
191 **rot-grünen Landesregierung ist das Zitat der ehemaligen SPD Ministerpräsidentin Heide Simonis:**  
192 **„Wir waren wie besoffen von diesem Erfolg.“**<sup>11</sup> Entsprechend wurde verfahren: Im Hinblick auf die bevor-  
193 stehende Abschaffung der Gewährträgerhaftung war es gezielte Geschäftspolitik der HSH Nordbank eine  
194 zusätzliche Liquiditätsbevorratung zu betreiben.<sup>12</sup> Allein im ersten Halbjahr 2005 wurden in einer Art Tor-  
195 schlusspanik im Rahmen der Gewährträgerhaftung Verbindlichkeiten in einem Volumen von 16,9 Mrd. Euro  
196 aufgenommen. Diese Summe ging weit über den im selben Zeitraum bestehenden Liquiditätsbedarf der Bank  
197 hinaus. Insgesamt wurde im Rahmen der Gewährträgerhaftung in den Jahren 2001 bis Mitte 2005 eine Liqui-  
198 ditätsbevorratung von rund 50 Mrd. Euro getätigt. Diese Vorgehensweise der Bank wurde vom Aufsichtsrat  
199 widerspruchslos mitgetragen und auch die damalige Landesregierung hat diesen Kurs unterstützt.

200  
201 Die unmittelbare Konsequenz dieser zum Teil langfristig mit Laufzeit bis 2015 aufgenommenen Mittel bestand  
202 in dem sich daraus ergebenden Anlagedruck für die Bank. Da für das beschaffte Fremdkapital keine ausrei-  
203 chenden Verwendungsmöglichkeiten im eigenen Kreditgeschäft bestanden, konzentrierte sich dieser Anlage-  
204 druck vornehmlich auf das Kreditersatzgeschäft. Im Gutachten der Kanzlei Freshfield heißt es hierzu: „Eine  
205 entscheidende Rolle ist sicherlich den Anlagezwängen zuzuschreiben, denen die Portfoliomanager bankseitig  
206 unterlagen. Führt man sich vor Augen, dass eine Reihe von herkömmlichen Anleihen im Zeitraum zwischen  
207 2003 und 2007 ausliefen und die Bank nicht zuletzt aufgrund ihrer durch das Auslaufen von Anstaltslast und  
208 Gewährträgerhaftung bedingten vorsorglichen Liquiditätsbeschaffungsmaßnahmen ständigen (Wieder-) An-  
209 lagebedarf hatte, der durch das Herauslegen von Krediten nicht befriedigt werden konnte, so waren kontinu-  
210 ierliche Käufe von Wertpapieren zu Anlagezwecken unumgänglich.“<sup>13</sup> Dieses führte unmittelbar zu einem  
211 Anstieg des im Credit Investment Portfolio (CIP) zusammengefassten Kreditersatzgeschäftes von 26 Mrd.  
212 Euro im Jahr 2003 auf rund 30 Mrd. Euro Ende 2007. Darüber hinaus wurde eine Reihe weiterer Portfolien  
213 aufgebaut, die keinen Eingang in das CIP fanden, aber vergleichbare Kreditersatzgeschäfte in einem Volu-  
214 men von 20 Mrd. Euro umfassten. Mit der im Jahr 2004 beschlossenen Zentralisierung des Kreditersatzge-  
215 schäftes in der Luxemburger Tochter wurde die parallele Existenz von CIP und weiteren, mit dem Kredit-  
216 ersatzgeschäft vergleichbaren Portfolien nur halbherzig beendet. Nach wie vor wurden von einzelnen Ge-  
217 schäftsbereichen an verschiedenen Standorten eigenständige Anlagen im Kreditersatzgeschäft getätigt. Als  
218 sich im Laufe der Zeit die Anlagemöglichkeiten deutlich verschlechterten und die angestrebte Zinsmarge nur  
219 durch das Eingehen höherer Risiken erreicht werden konnte, standen die im Rahmen der Gewährträgerhaf-  
220 tung aufgenommenen und von der Bank zu verzinsenden Mittel einer Rückführung des Kreditersatzgeschäf-  
221 tes entgegen. **In den unter den Bedingungen der Gewährträgerhaftung aufgenommenen Mitteln ist**  
222 **somit die eigentliche Ursache für den Aufbau des Kreditersatzgeschäftes und seine zunehmend risi-**  
223 **koreiche Zusammensetzung anzusehen.**

224  
225 Die mittelbare Konsequenz der exzessiven Inanspruchnahme der Gewährträgerhaftung zeigte sich bei Eintritt  
226 der Schieflage der HSH Nordbank Ende 2008. Zu diesem Zeitpunkt fielen nach wie vor 65 Mrd. Euro Verbind-  
227 lichkeiten unter die Gewährträgerhaftung. Die Handlungsmöglichkeiten der Länder Hamburg und Schleswig-

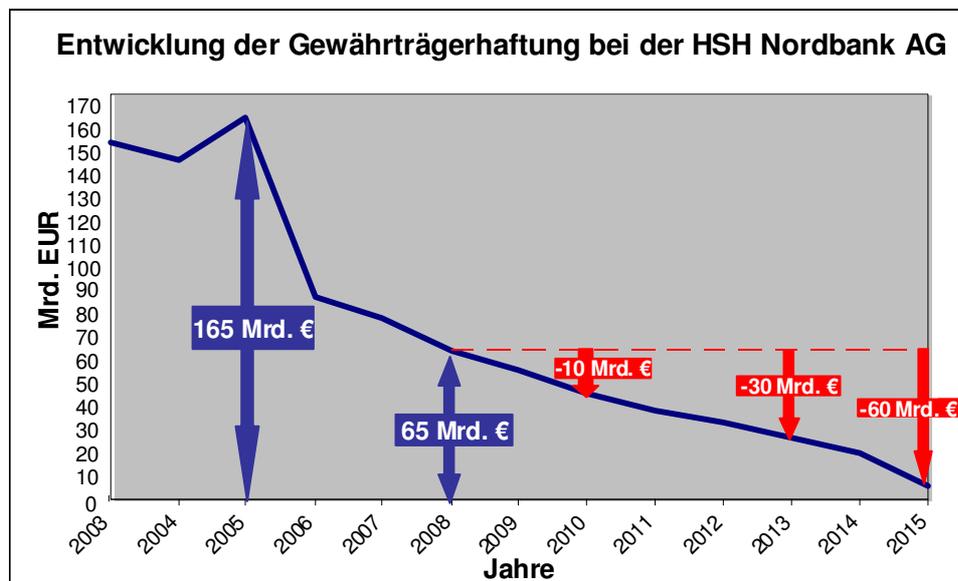
---

<sup>11</sup> [http://www.focus.de/politik/deutschland/affaere-wie-besoffen-vom-erfolg\\_aid\\_430796.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/affaere-wie-besoffen-vom-erfolg_aid_430796.html) und Protokoll der 19. Sitzung des Untersuchungsausschusses, S. 13

<sup>12</sup> So führte die ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende Heide Simonis bei Ihrer Zeugenvernehmung aus, dass die erhöhte Liquiditätsbevorratung beabsichtigt gewesen sein, Protokoll der 19. Sitzung Untersuchungsausschusses, Seite. 43.

<sup>13</sup> Freshfield-Gutachten, S. 16.

228 Holstein waren aufgrund dieser Tatsache weitgehend eingeschränkt. Ohne das beschlossene Rettungspaket  
 229 mit seinen Bestandteilen aus 3 Mrd. Euro Kapitalerhöhung und 10 Mrd. Euro Risikoabschirmung wäre es bei  
 230 der HSH Nordbank aufgrund der Anfang 2009 unzureichenden Liquiditäts- und Kernkapitalsituation innerhalb  
 231 kürzester Zeit zu einer unkontrollierten Abwicklung gekommen, wie der Präsident des Bundesamtes für Fi-  
 232 nanzdienstleistungsaufsicht Sanio in der Sitzung des Finanzausschusses vom 19. März 2009 bestätigte.<sup>14</sup> Im  
 233 Falle einer Insolvenz der Bank hätten somit die beiden Länder für die Verbindlichkeiten im Rahmen der Ge-  
 234 währträgerhaftung aus Mitteln des Steuerzahlers aufkommen müssen. Allein schon dadurch, dass die HSH  
 235 Nordbank mit Hilfe des Rettungspakets ihre Geschäftstätigkeit fortsetzen konnte, hat sich für die beiden Bun-  
 236 desländer zwischenzeitlich ein Rückgang der Gewährträgerhaftung um 10 Mrd. Euro bis Ende 2010 ergeben.  
 237 Bei planmäßiger Umsetzung des Rettungskonzeptes reduzieren sich die Haftungsrisiken der Bundesländer  
 238 aus der Gewährträgerhaftung bis Ende 2013 um weitere 20 Mrd. Euro und sinken bis Ende 2015 auf weniger  
 239 als 5 Mrd. Euro. Selbst für den schlimmsten erdenklichen Fall einer vollständigen Aufzehrung der Kapitaler-  
 240 höhung von 3 Mrd. Euro und einer ebenso vollständigen Inanspruchnahme der Risikoabschirmung von 10  
 241 Mrd. Euro bis zu diesem Zeitpunkt dürften die finanziellen Folgen für die Landeshaushalte somit geringer  
 242 ausfallen, als im Falle einer unkontrollierten Insolvenz im Frühjahr 2009.



247  
248  
249  
250  
251  
252  
253  
254  
255  
256  
257  
258  
259  
260 Quelle: Eigene Darstellung

261  
262  
263 **Vor diesem Hintergrund gilt es die Ablehnung des Rettungspakets durch die damaligen Oppositions-**  
 264 **fraktionen im Jahr 2009 besonders zu würdigen. Mit dieser Verweigerungshaltung sind die Opposi-**  
 265 **tionsfraktionen ihrer Verantwortung für unser Land nicht gerecht geworden, sondern haben eine un-**  
 266 **kontrollierbare Abwicklung der HSH Nordbank mit unübersehbaren finanziellen Folgen für das Land**  
 267 **Schleswig-Holstein, darüber hinaus für zahlreiche norddeutsche Unternehmen und nicht zuletzt für**  
 268 **tausende von Mitarbeitern billigend in Kauf genommen.**

<sup>14</sup> Protokoll der 122. Sitzung des Finanzausschusses, 16. Wahlperiode, S. 51, 55, 67, 77

269 **3. Fusionsprozess + strategische Neuausrichtung + Einführung internationaler Rechnungsle-**  
270 **gungsstandards = Überforderung der Bank**  
271

272 Durch die politische Entscheidung über die Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein mit der Hamburgi-  
273 schen Landesbank zur HSH Nordbank stand die neu gegründete Bank – wie bei jeder Unternehmensfusion –  
274 zunächst vor der Herausforderung, unterschiedliche Organisationsstrukturen, Unternehmenskulturen und  
275 nicht zuletzt personelle Besetzungen neu zu regeln. Insbesondere galt es die unterschiedlichen EDV-  
276 Systeme, die nicht miteinander kompatibel waren, zusammenzuführen bzw. auf ein neues, einheitliches Sys-  
277 tem umzustellen. Aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung hat dieser Teil des Fusionsprozesses die  
278 HSH Nordbank in den ersten Jahren nach ihrer Gründung besonders stark in Anspruch genommen. Die Um-  
279 stellung der EDV-Systeme war deshalb wiederholt Gegenstand von Beratungen in Vorstand und Aufsichtsrat.  
280

281 Der Phase der Jahre 2003 bis 2005 war allerdings für die HSH Nordbank keine Zeitspanne, in der sie sich in  
282 aller Ruhe auf diesen Fusionsprozess konzentrieren konnte. Im Hinblick auf das Auslaufen der Gewährträ-  
283 gerhaftung Mitte 2005 war gleichzeitig die politische Entscheidung getroffen worden, eine strategische Neu-  
284 ausrichtung der Bank hin zu einer wachstumsorientierten, internationalen Geschäftsbank zu vollziehen. Als  
285 Geschäftsbank verfügte die HSH Nordbank über kein umfangreiches Einlagengeschäft ihrer Kunden, war  
286 also in starkem Maße darauf angewiesen, sich ihre Finanzmittel am Kapitalmarkt zu beschaffen. Um auch  
287 nach Auslaufen der Gewährträgerhaftung die Refinanzierung der Bank sicherzustellen, war für die HSH Nord-  
288 bank deshalb ein erstklassiges Rating für die Umsetzung ihres Geschäftsmodells von entscheidender Bedeu-  
289 tung. Ein solches Rating bestimmte die Konditionen, zu denen Mittel am Kapitalmarkt aufgenommen werden  
290 konnten. Für die Einstufung der Bank durch die externen Rating-Agenturen spielten wiederum sowohl die  
291 Rentabilität der Bank als auch ihre Eigenkapitalausstattung eine maßgebliche Rolle. **Die als Reaktion auf**  
292 **den Wegfall der Gewährträgerhaftung politisch verordnete Neuausrichtung der Bank machte es somit**  
293 **erforderlich, dass die HSH Nordbank parallel zu dem laufenden Fusionsprozess ihre Geschäftstätig-**  
294 **keit ausweitete und ihre Eigenkapitalrendite erhöhte.**  
295

296 Bereits an dieser Stelle wird die Problematik deutlich: Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit und eine Erhö-  
297 hung der Rendite geht immer mit der Bewältigung zusätzlicher Risiken einher. Dieses zu einem Zeitpunkt zu  
298 managen, in dem die Bank mitten in einem Fusionsprozess steckte und noch nicht einmal die Umstellung der  
299 EDV-Systeme vollständig abgeschlossen war, stellte für die HSH Nordbank eine besondere Herausforderung  
300 dar. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Hans Berger sagte hierzu im Rahmen seiner Zeugenvernehmung:  
301 „Die neue Bank stand dabei im Wesentlichen vor zwei Herausforderungen: ein an den Anforderungen des  
302 Kapitalmarktes ausgerichtetes Geschäftsmodell zu entwickeln und unter hohem Zeitdruck die Fusion in per-  
303 soneller und technisch organisatorischer Hinsicht zu vollziehen, das heißt, unterschiedliche IT-Systeme, un-  
304 terschiedliche Organisationsstrukturen und Organisationsabläufe aufeinander abzustimmen oder auch neu  
305 einzuführen.“<sup>15</sup>  
306

307 Mit der Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards im Jahr 2007 kam ein weiterer Belastungs-  
308 faktor hinzu. Nach EU-Verordnung vom 19. Juli 2002 hatten alle kapitalmarktorientierten Unternehmen ihre  
309 Jahresabschlüsse ab dem Jahr 2005 auf die International Financial Reporting Standards (IFRS) umzustellen.  
310 Für Unternehmen, von denen - wie bei der HSH Nordbank - ausschließlich Schuldverschreibungen und keine  
311 Aktien am Kapitalmarkt gehandelt wurden, galt eine Übergangsfrist bis 2007. Die sich ändernden Anforde-  
312 rungen an die Rechnungslegungsvorschriften waren somit bereits zum Zeitpunkt der politischen Entschei-

---

<sup>15</sup> Protokoll der 28. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 5

313 dung zur Fusion und Neuausrichtung der Bank bekannt. Aufgrund des gewählten Geschäftsmodells einer  
314 wachstumsorientierten, internationalen Geschäftsbank war die Umstellung der Bilanzierung vom deutschen  
315 HGB auf IFRS war für die HSH Nordbank existenziell notwendig. Dies galt sowohl im Hinblick auf die Rating-  
316 Agenturen, die ausschließlich aus dem angelsächsischen Raum stammen, als auch im Hinblick auf die benö-  
317 tigten internationalen Kapitalgeber. Nur durch eine transparente und international anerkannte Bilanzierung  
318 konnte die HSH Nordbank die benötigte Unterstützung der Rating-Agenturen und der Marktteilnehmer erwar-  
319 ten. Zur Umsetzung der Anforderungen und zur Ermittlungen der notwendigen Vorjahresvergleichszahlen  
320 wurde bereits für das Geschäftsjahr 2006 ein „Probeabschluss“ nach IFRS erstellt. Die aufwendige und ar-  
321 beitsintensive Vorbereitung der IFRS-Umstellung fiel somit ebenfalls in den Zeitraum 2005 und früher, so  
322 dass auch diese Arbeiten parallel zum laufenden Fusionsprozess und der strategischen Neuausrichtung vor-  
323 bereitet und umgesetzt werden mussten.

324  
325 Mit Datum vom 01. Januar 2007 traten dann die neuen Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschusses für  
326 Bankenaufsicht (Basel II) in Kraft. Das bislang quantitativ ausgerichtete Risikomanagement musste hierdurch  
327 auf ein qualitatives umgestellt werden, da die staatlich verlangten Eigenkapitalanforderungen nunmehr stär-  
328 ker am tatsächlichen Risiko auszurichten waren. Wenngleich die Zielsetzung von Basel II also darin bestand,  
329 das Eingehen erhöhter Risiken durch erhöhte Eigenkapitalanforderungen zu regulieren, so ist für die HSH  
330 Nordbank festzustellen, dass die damit verbundene Chance eine Neuausrichtung des Risikomanagements  
331 nicht hinreichend genutzt wurde. Die zuvor genannten Belastungsfaktoren sowie die mit der strategischen  
332 Neuausrichtung verbundenen Renditeerwartungen sind hierfür als ursächlich anzusehen.

333  
334 **Alle drei Belastungsfaktoren aus Fusionsprozess, strategischer Neuausrichtung und – mit Ein-**  
335 **schränkungen – auch der Umstellung der Rechnungslegung waren keine automatischen und zwangs-**  
336 **läufigen Entwicklungen, denen sich die Landesbank damals gegenüber sah, sondern sie waren origi-**  
337 **näre Folge der getroffenen politischen Entscheidung zum Umgang mit dem Wegfall der Gewährträ-**  
338 **gerhaftung. Im Falle einer anders gearteten politischen Entscheidung hin zu einer Reduzierung des**  
339 **Geschäftsvolumens und einer alleinigen Ausrichtung der Bank als Spitzeninstitut der Sparkassen**  
340 **hätten eine oder mehrere der gleichzeitig zu bewältigenden Belastungsfaktoren vermieden werden**  
341 **können.**

342  
343 **Die in den Jahren 2007 und 2008 zu Tage getretenen Schwächen im Risikomanagement und die Un-**  
344 **tergewichtung der Marktfolge- gegenüber den Markteinheiten finden ihren Ursprung in der politisch**  
345 **verursachten Überforderung der Bank in den Jahren 2003 bis 2005. Die hohe Renditeerwartung der**  
346 **Politik an die Bank stand zudem im Gegensatz zu einer ordentlichen Risikovorsorge und hat damit**  
347 **das Ungleichgewicht von Markt und Marktfolge provoziert.** Sämtliche Managementkapazitäten aber auch  
348 die finanziellen Ressourcen mussten in diesen Jahren auf die gleichzeitige Bewältigung von Fusionsprozess,  
349 strategischer Neuausrichtung und Umstellung der Rechnungslegung konzentriert werden. Im Hinblick auf die  
350 angestrebte Steigerung der Eigenkapitalrendite bedurfte es auf der Ausgabenseite einer strikten Kostendis-  
351 ziplin, die es erforderlich machte, die begrenzten finanziellen Mittel auf die vordringlichsten Projekte auszu-  
352 richten. Dem Erreichen der Renditeziele kam dabei eine doppelte Bedeutung zu: Die Steigerung der Eigen-  
353 kapitalrendite war zum Einen für die Bank von existenzieller Bedeutung, um ihr Rating und damit ihre Finan-  
354 zierungsfähigkeit am Kapitalmarkt zu erhalten. Auf der anderen Seite hat die bereits damals angespannte  
355 Lage des Landeshaushaltes und die Aussicht auf mögliche Veräußerungserlöse im Falle des geplanten Bör-  
356 sengangs auch auf Seiten der Landesregierung Begehrlichkeiten geweckt. Die frühere Ministerpräsidentin  
357 und Vorsitzende des Aufsichtsrates, Heide Simonis, antwortete im Untersuchungsausschuss auf die Frage,  
358 ob Ihr damaliger Finanzminister im Jahre 2004 die Renditeziele und den avisierten Börsengang befürwortet

359 habe, mit: „Ich glaube, ja.“<sup>16</sup> Offenkundig führte diese Motivationslage auf Seiten der Bank und der Politik  
360 dazu, dass die Ausgestaltung des Risikomanagements als nachrangig angesehen wurde. Hierbei mag eine  
361 Rolle gespielt haben, dass Schwächen im Risikomanagement nicht unmittelbar zu Tage traten, wohingegen  
362 das Erreichen der Renditeziele quartalsweise zu überprüfen war. **Insgesamt muss allen Verantwortlichen**  
363 **aber bewusst gewesen sein, dass die Fähigkeit der Bank, alle Prozesse gleichzeitig zu bewältigen, auf**  
364 **das Äußerste strapaziert wurde.**  
365

366 Ein Beispiel für mangelndes Risikobewusstsein angesichts der dargestellten Überforderung der Bank ist das  
367 Ende 2004 eingeführte **Schnellankaufverfahren** für Ankaufentscheidungen im Kreditersatzgeschäft. Ange-  
368 trieben durch das Bestreben nach einer Steigerung der Eigenkapitalrendite sollte so verhindert werden, dass  
369 vermeintlich attraktive Angebote zum Kauf von Wertpapieren durch langwierige Prüfungen im Rahmen des  
370 Kreditprozesses verpasst würden. Der dazu eingeführte vereinfachte und verkürzte Kreditentscheidungspro-  
371 zess diente sowohl der Renditesteigerung als auch angesichts begrenzter finanzieller und personeller Kapa-  
372 zitäten der Reduzierung des eigenen Aufwands. Die Aussage der Wirtschaftsprüfer von KMPG hat deutlich  
373 gemacht, dass das Schnellankaufverfahren durchaus eine branchenübliche Vorgehensweise war.<sup>17</sup> Aller-  
374 dings wurden mit Beginn des Jahres 2006 die Sicherheitsanforderungen durch den Vorstand noch einmal  
375 reduziert, in dem auf die ursprünglich vorgesehenen, nachfolgenden Detail-Analysen verzichtet wurde. Offen-  
376 sichtlich wurden diese Analysen angesichts der bisherigen Erfahrungen als entbehrlich empfunden, so dass  
377 der darauf verwendete Ressourceneinsatz scheinbar dringlicheren Angelegenheiten zugeführt wurde. Auch  
378 diese Entscheidung ist deshalb vor dem Hintergrund der Überforderung der Bank mit der gleichzeitigen Um-  
379 setzung der verschiedenen Maßnahmen zu sehen.

380  
381 Für die Rahmenbedingungen, innerhalb derer dieses Schnellankaufverfahren zum Einsatz kam, war somit die  
382 Politik verantwortlich. Dagegen lag die konkrete Verantwortung für die Einführung und Ausgestaltung des  
383 Schnellankaufverfahrens allein beim Vorstand. Die Untersuchungen haben ergeben, dass keinem Mitglied  
384 der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung dafür ein Vorwurf gemacht werden kann. So hatte Minister Dr.  
385 Stegner zwar in der Sitzung des Risikoausschusses am 07. März 2005 von der Einführung des Schnellan-  
386 kaufverfahrens Kenntnis erlangt,<sup>18</sup> die ab 2006 reduzierten Anforderungen des Schnellankaufverfahrens wur-  
387 den allerdings vom Vorstand nicht im Risikoausschuss thematisiert, so dass auch für Minister Wiegard, als  
388 seinem Nachfolger in diesem Gremium, eine Veränderung des Verfahrens nicht ersichtlich war. Darüber hin-  
389 aus hat sich gezeigt, dass bei den eingetretenen Verlusten kein signifikanter Unterschied zwischen den im  
390 Schnellankaufverfahren und den nach vollständiger Prüfung erworbenen Papieren festzustellen ist. Letzteres  
391 macht deutlich, dass nicht in erster Linie das Schnellankaufverfahren, sondern vielmehr die dargestellte Über-  
392 forderung der Bank als ursächlich für die eingetretenen Verluste im Kreditersatzgeschäft anzusehen ist.

---

<sup>16</sup> Protokoll der 19. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 35

<sup>17</sup> Protokoll der 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 31

<sup>18</sup> [http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/landtagswahl-schleswig-holstein/hsh-nordbank-stegner-unterdruck\\_aid\\_430762.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/landtagswahl-schleswig-holstein/hsh-nordbank-stegner-unterdruck_aid_430762.html)

## 393 II. Am Vorabend der Krise:

### 394 Die Zeit von 2006 bis zur Absage des Börsengangs im Frühjahr 2008

395  
396 Dieser mittlere Zeitabschnitt wird durch vier Ereignisse besonders geprägt: Hierbei handelt es sich um den  
397 Einstieg der Investorengruppe um J.C. Flowers bei der HSH Nordbank im Jahr 2006 – die erste erfolgte Teil-  
398 privatisierung einer deutschen Landesbank überhaupt. Im Laufe des Jahres 2007 ergeben sich mit der Sub-  
399 prime-Krise sowie durch die Prüfungstätigkeit von Bundesbank und BaFin erste Warnhinweise. Das Ende des  
400 Jahres 2007 wird markiert durch den Abschluss des Omega 55-Geschäfts und den sich anschließend daraus  
401 ergebenden Verlusten. Schließlich erfolgte im Frühjahr 2008 die Absage des bislang geplanten Börsengangs  
402 und stattdessen eine Kapitalerhöhung durch die bisherigen Anteilseigner mit Ausnahme des Sparkassen- und  
403 Giroverbandes. Diese vier Ereignisse gilt es im Folgenden zu bewerten.

#### 404 405 1. Geglückte Teilprivatisierung in 2006 – der Einstieg von J.C. Flowers

406  
407 Mit dem beabsichtigten Ausstieg der WestLB aus dem Kreis der Anteilseigner an der HSH Nordbank ergaben  
408 sich für die übrigen Aktionäre zwei grundsätzliche Handlungsmöglichkeiten: Entweder konnten die Anteile im  
409 Rahmen des bestehenden Vorkaufsrechtes selbst erworben oder es musste ein neuer Käufer für die Anteile  
410 der WestLB gefunden werden. Die Entscheidung fiel für den zweiten Weg, der mangels Interessenten aus  
411 dem öffentlich-rechtlichen Sektor zu einer Teilprivatisierung der HSH Nordbank führte. Im Rahmen des Bie-  
412 terverfahrens setzte sich die Investorengruppe um J.C. Flowers mit dem höchsten Angebot gegen mehrere  
413 Mitbewerber durch. Basis für die abgegebenen Angebote war dabei der gutachterlich ermittelte Wert der  
414 HSH Nordbank von knapp 5 Mrd. Euro.

415  
416 Die erste Teilprivatisierung einer deutschen Landesbank ist politisch unter zweierlei Aspekten zu bewerten.  
417 Zuallererst ist festzustellen, dass die politische Entscheidung zugunsten eines privaten Investors sich schon  
418 allein dadurch als richtig erwiesen hat, dass bei der späteren Schieflage der HSH Nordbank auch privates  
419 Kapital betroffen war und die Verluste nicht allein zu Lasten der öffentlichen Hand ausfielen. Man stelle sich  
420 hingegen vor, im Jahr 2006 hätte die Landesregierung entschieden, die Anteile der WestLB zu übernehmen  
421 und den Anteil des Landes Schleswig-Holstein damit auf nahezu 50% der Anteile aufzustocken. In diesem  
422 Fall hätte Schleswig-Holstein den größten Teil des 2009 erforderlichen Rettungspaketes alleine tragen müs-  
423 sen.

424  
425 Falsch wäre es zudem in dem Einstieg der Investorengruppe um J.C. Flowers eine Ursache für die spätere  
426 Schieflage zu sehen. Wie bereits dargestellt waren sowohl die Erwartung einer Eigenkapitalrendite von 15-  
427 17% Prozent als auch die Absicht eines Börsengangs Bestandteil der ursprünglichen Planungen im Jahr  
428 2003. **Durch den Einstieg des privaten Anteilseigners wurden weder die Renditeziele erhöht noch**  
429 **wurde der geplante Börsengang forciert.** Der mit dem vorgelegten Abschlussbericht der Fraktion von  
430 Bündnis90/Die Grünen erweckte Eindruck, dass im Zuge des Einstiegs von J.C.Flowers die Ertragsvorgaben  
431 in einem relativ kurzen Zeitraum drastisch erhöht wurden,<sup>19</sup> vermittelt insofern einen falschen Zusammen-  
432 hang von Ursache und Wirkung. Ebenso missverständlich ist die Aussage, dass der beabsichtigte Börsen-  
433 gang der Bank ab 2006 einen weiteren, kurzfristigen Quantensprung im Geschäftsmodell erforderlich machte.  
434 **Die drastische Erhöhung der Renditevorgaben sowie die grundlegende Neuausrichtung des Ge-**  
435 **schäftsmodells haben sich nicht erst im Jahr 2006 im Zusammenhang mit dem Eintritt von**

---

<sup>19</sup> Abschlussbericht Bündnis90/Die Grünen, Umdruck 17/1860, Seite 8

436 **J.C. Flowers ergeben, sondern waren integraler Bestandteil der im Jahr 2003 durch die rot-grüne**  
437 **Landesregierung beschlossenen Fusion.**

438  
439 Der zweite politisch zu beurteilende Aspekt ist die Tatsache, dass im Zusammenhang mit der Teilprivatisie-  
440 rung eine intensive Prüfung und Begutachtung der HSH Nordbank sowie insbesondere auch des im Credit  
441 Investment Portfolio zusammengefassten Kreditersatzgeschäftes erfolgte. **Es ist für die politische Bewer-**  
442 **tung nicht unerheblich, dass auch ein international erfahrener Investor, wie der ehemalige Goldman-**  
443 **Sachs-Partner J.C. Flowers, der zuvor bereits mit seinen Engagements bei der japanischen Shinsei**  
444 **Bank Ltd. sowie der niederländischen NIBC Bank NV fundierte Kenntnisse gewonnen und insbeson-**  
445 **dere mit der erfolgreichen Sanierung der Shinsei Bank einen guten Ruf erworben hatte, die in der**  
446 **HSH Nordbank schlummernden Risiken im Jahr 2006 nicht erkannte. Gleiches gilt für die damals be-**  
447 **auftragten Gutachter und Wirtschaftsprüfer.**

448  
449 Auch im weiteren Verlauf ihres Engagements hat die Investorengruppe um J.C. Flowers zu keinem Zeitpunkt  
450 von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht, welches aufgrund des Aktienanteils von mehr als 25% bestand.  
451 Weder J.C. Flowers noch sein Europa-Chef Ravi Sinha haben auf grundlegende Änderungen in der Ge-  
452 schäftspolitik der HSH Nordbank bestanden. Nach Zeugenaussage des ehemaligen Aufsichtsratsmitgliedes  
453 Ravi Sinha habe er zumindest ab Sommer 2007 auf eine Reduzierung des Kreditersatzgeschäftes gedrun-  
454 gen.<sup>20</sup> Angesichts der Tatsache, dass J.C. Flowers mit seinen langjährigen Erfahrungen sowohl am japani-  
455 schen als auch am US-amerikanischen Markt besser als jedes anderes Aufsichtsratsmitglied dafür prädesti-  
456 niert gewesen wäre, die Auswirkungen der Subprime-Krise beurteilen zu können, ist es kaum vorstellbar,  
457 dass der Aufsichtsrat das energische Eintreten des Investors J.C. Flowers für eine Reduzierung des Krediter-  
458 satzgeschäftes ignoriert hätte. Zumindest wäre ein abweichendes Stimmverhalten im Protokoll erfasst wor-  
459 den. Da beides nicht der Fall war, erscheint die Zeugenaussage von Ravi Sinha in dieser Hinsicht nicht plau-  
460 sibel.

461  
462 **Insgesamt verdeutlicht dieses Beispiel, dass nicht nur die im Aufsichtsrat vertretenen Mitglieder der**  
463 **Landesregierung, sondern auch die übrigen Aufsichtsratsmitglieder aus der Reihen von Wirtschaft,**  
464 **Gewerkschaften, Sparkassen und privaten Investoren die heraufziehende Schieflage der HSH Nord-**  
465 **bank nicht rechtzeitig genug erkannt haben, um wirksam gegensteuern zu können.**

## 466 467 **2. Ausbruch der Subprime-Krise und Prüfung der Bankenaufsicht im Jahr 2007**

468  
469 Das Frühjahr des Jahres 2007 war gekennzeichnet durch das Ausbrechen der Subprime-Krise am US-  
470 amerikanischen Immobilienmarkt. Hierunter sind Kredite mit variablem Zinssatz zu verstehen, die an Kredit-  
471 nehmer mit mäßiger Bonität (subprime) vergeben worden waren. Bei steigenden US-Leitzinsen waren zahl-  
472 reiche dieser Kreditnehmer nicht mehr in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Betraf diese Entwicklung  
473 zunächst vorrangig US-amerikanische Immobilienfinanzierer, so ergaben sich bald darauf auch Auswirkun-  
474 gen auf deutsche Kreditinstitute. Ende Juli gab die Deutsche Industriebank AG (IKB) bekannt, als Folge der  
475 Krise am US-amerikanischen Subprime-Markt in eine existenzbedrohende Schieflage geraten zu sein. Mitte  
476 August musste die Sachsen LB durch die Landesbank Baden-Württemberg vor der Insolvenz bewahrt wer-  
477 den. Für die HSH Nordbank waren die Auswirkungen aus der Subprime-Krise nach Auskunft des Vorstandes  
478 hingegen zunächst begrenzt, da sich das Volumen der Subprime-Anlagen im Jahr 2007 auf ein Volumen von  
479 weniger als 2 Milliarden Euro belief. Das Ausbrechen der Subprime-Krise führte gleichwohl im Jahr 2007 zu

---

<sup>20</sup> Protokoll der 36. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 11, 17

480 einer intensiven Befassung von Vorstand und Aufsichtsrat mit den Auswirkungen auf das Kreditersatzge-  
481 schäft der HSH Nordbank.

482  
483 Auch von Seiten der Bankenaufsicht wurde die Kontrolltätigkeit verstärkt. Im Rahmen der durchgeführten  
484 Prüfungen wurden zahlreiche Mängel aufgezeigt. Auch auf das im Rahmen der Jahresabschlussprüfung  
485 2008 von Seiten der KPMG bemängelte Ungleichgewicht von Markt und Marktfolge wurde bereits zu diesem  
486 Zeitpunkt von Seiten der Bankenaufsicht hingewiesen. Als Reaktion der Bankenaufsicht auf die festgestellten  
487 Mängel wurde der Bank eine Mängelbeseitigung innerhalb bestimmter Fristsetzungen auferlegt. Wie sich  
488 zeigen sollte, wurden die dabei gesetzten Fristen von den Ereignissen des Jahres 2008 überholt. Weiterge-  
489 hende Maßnahmen, wie z.B. eine Anordnung zum Abbau des Kreditersatzgeschäftes oder eine Untersagung  
490 bestimmter Geschäftstätigkeiten, wurden von Seiten der Bankenaufsicht nicht ergriffen. Im Gegenteil: Mit  
491 dem vorgelegten Prüfungsbericht wurde der HSH Nordbank insgesamt ein angemessenes Risikomanage-  
492 ment bestätigt.

493  
494 Mit den durch die Subprime-Krise hervorgerufenen Marktverwerfungen wurden im Laufe des Jahres 2007  
495 weitere Konsequenzen für die HSH Nordbank spürbar: Im August 2007 mussten die Forderungsbestände der  
496 Zweckgesellschaft Poseidon von der Bank in die eigene Bilanz übernommen werden, da eine eigenständige  
497 Refinanzierung der Gesellschaft nicht mehr möglich war. In der Sitzung des Aufsichtsrates im September  
498 2007 wurde die Liquiditätssituation von Seiten des Vorstandes als angespannt aber nicht kritisch bezeich-  
499 net.<sup>21</sup> Des Weiteren wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates im Dezember 2007 festgestellt, dass bei Aus-  
500 bleiben des für 2008 geplanten Börsengangs eine Herabstufung der Bank durch die Rating-Agenturen drohen  
501 würde, welche in der zu geringen Eigenkapitalausstattung der HSH Nordbank begründet sei. In diesem Fall  
502 sei das Geschäftsmodell der Bank erheblich gefährdet.<sup>22</sup> Der Jahresabschluss der HSH Nordbank für das  
503 Jahr 2007 wurde schließlich von Wertberichtigungen im Umfang von 1,3 Mrd. Euro belastet. Dennoch konnte  
504 ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 285 Mio. Euro erzielt werden.

505  
506 **Die Ereignisse des Jahres 2007 machen deutlich, dass die Behauptung von Dr. Stegner, ihm sei aus**  
507 **der gesamten Zeit seiner Zugehörigkeit zu den Gremien der HSH Nordbank keine einzige Sitzung er-**  
508 **innerlich, „in der auf eine problematische Entwicklung der Bank hingewiesen worden wäre oder sol-**  
509 **che Anzeichen formuliert worden wären“,<sup>23</sup> offenkundig nicht den Tatsachen entspricht.**

510  
511 Ohne Zweifel sind die Ereignisse des Jahres 2007 als erste Vorboten der späteren Finanzmarktkrise anzuse-  
512 hen. Rückwirkend betrachtet wäre es damals die richtige Entscheidung gewesen, wenn sich die HSH Nord-  
513 bank von ihren Beständen im Kreditersatzgeschäft vollständig getrennt hätte, selbst wenn dabei erhebliche  
514 Veräußerungsverluste angefallen wären. Bei einer ex post Betrachtung ist dieses Urteil allerdings leicht zu  
515 fällen. Für die Bewertung der Handlungen der damaligen Entscheidungsträger ist jedoch allein die Frage  
516 maßgeblich, ob Vorstand und Aufsichtsrat auch ex ante die Gefahren hätten erkennen können und demen-  
517 sprechend hätten handeln müssen.

518  
519 Der Kollege Fürter, als Obmann der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Untersuchungsausschuss, vertritt  
520 hierzu die Auffassung, dass die Krise vorhersehbar gewesen sei.<sup>24</sup> Unter anderem begründet er seine Sicht-  
521 weise damit, dass die Kenntnis über das Platzen von Immobilienblasen spätestens sei den Geschehnissen in

---

<sup>21</sup> Protokoll der 17. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 8

<sup>22</sup> Protokoll der 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 35

<sup>23</sup> Protokoll der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 14

<sup>24</sup> Abschlussbericht Bündnis90/Die Grünen, Umdruck 17/1860, Seite 14

522 Japan 1989 zur wirtschaftlichen Allgemeinbildung gehörte.<sup>25</sup> Dieser Hinweis ist allerdings trivial und ohne  
523 jegliche Aussagekraft. Zur wirtschaftlichen Allgemeinbildung gehört auch die Erkenntnis, dass die Kurse an  
524 den Börsen sowohl steigen als auch fallen können. Dennoch ist die Vorhersage künftiger Marktentwicklungen  
525 ungewiss und unterliegt zahlreichen weiteren Einflussfaktoren, deren Bestimmung im Voraus schlichtweg  
526 unmöglich ist. Die allgemeine Kenntnis über das Platzen von Immobilienblasen und den daraus resultieren-  
527 den Konsequenzen ist kein hinreichender Beweis dafür, dass Vorstand und Aufsichtsrat im Jahr 2007 die  
528 weitere Entwicklung des Jahres 2008 hätten vorhersehen können.

529  
530 Die spätere Schieflage renommierter Institute wie der amerikanischen Citigroup, der schweizer UBS, der  
531 deutschen Commerzbank, der britischen Royal Bank of Scotland oder der belgisch-niederländischen Finanz-  
532 gruppe Fortis zeigt, dass die Entwicklung auch für deren Entscheidungsträger nicht vorhersehbar war, obwohl  
533 es sich hierbei nicht um Politiker sondern um Vertreter der Privatwirtschaft mit einer sicherlich vorhandenen,  
534 fundierten wirtschaftlichen Allgemeinbildung handelte.

535  
536 Auch das Verhalten der Bankenaufsicht lässt eindeutige Rückschlüsse darauf zu, inwieweit die spätere Krise  
537 vorhersehbar war. Wenn dieses der Fall gewesen wäre, hätten die Bankenaufseher angesichts der festge-  
538 stellten Mängel und der bekanntlich geringen Eigenkapitalausstattung der Bank von ihren Weisungsbefugnis-  
539 sen gegenüber der Bank Gebrauch machen müssen. Eine Vorgabe von Bundesbank und BaFin zum sofortigen  
540 Verkauf des Kreditersatzgeschäftes wäre bei einer vorhersehbaren Krise des Jahres 2008 die notwendi-  
541 ge und sachgerechte Schlussfolgerung gewesen. Offensichtlich waren die späteren Ereignisse aber auch für  
542 die Bankenaufsicht nicht vorhersehbar. In der Abwägung der Konsequenzen haben deshalb auch die Aufse-  
543 her davon abgesehen, die Bank zu einer Realisierung von Verlusten durch den Verkauf des Kreditersatzge-  
544 schäftes zu veranlassen.

545  
546 **Bei Würdigung der verschiedenen Argumente ist nicht erkennbar, dass die Entwicklung der Subpri-**  
547 **me-Krise zur späteren Finanz- und Wirtschaftskrise bereits im Jahr 2007 vorhersehbar war. Insofern**  
548 **ist den Vertretern der Landesregierung diesbezüglich kein Vorwurf zu machen.**

549  
550 Zugunsten des Aufsichtsrates ist zudem die Beschlussfassung aus der September-Sitzung anzuführen, mit  
551 der die Ausweitung des Kreditersatzgeschäftes beendet wurde.<sup>26</sup> Im Jahr 2008 wurde dann – und zwar noch  
552 vor der Pleite von Lehman Brothers – mit dem Projekt „Wetterfest“ ein umfangreiches Maßnahmenpaket ge-  
553 schnürt, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit der Bank gesichert werden sollte. Das am 08. September 2008  
554 vorgestellte Programm sah hierzu einen Abbau des Kreditersatzgeschäftes, eine Reduzierung der Auslands-  
555 standorte sowie den Abbau von Personal vor.<sup>27</sup> Dieser Entscheidungsablauf verdeutlicht, dass Vorstand und  
556 Aufsichtsrat im Jahr 2007 noch nicht zu einer aktiven Rückführung des Kreditersatzgeschäftes bereit waren.  
557 Offenkundig scheute man davor zurück, bei einem Verkauf des Kreditersatzgeschäftes Verluste zu realisie-  
558 ren. Eine solche abwartende Haltung ist nachvollziehbar, wenn die eingetretenen Marktverwerfungen als  
559 vorübergehend angesehen wurden, so dass ein Verkauf mit unverhältnismäßigen Verlusten verbunden ge-  
560 wesen wäre. Angesichts der bestehenden Unsicherheit über die weitere Entwicklung hätte eine mögliche  
561 Strategie aber auch darin bestehen können, vorhandene Positionen zumindest in ihrem Umfang zu reduzie-  
562 ren. Auf diese Weise wären einerseits die Risiken begrenzt worden, andererseits hätten die verbliebenen  
563 Bestände an einer potentiellen Markterholung partizipiert.

---

<sup>25</sup> Abschlussbericht Bündnis90/Die Grünen, Umdruck 17/1860, Seite 16

<sup>26</sup> Protokoll der 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 7

<sup>27</sup> Pressemitteilung der HSH Nordbank vom 08.09.2008

564 Die zurückhaltende Reaktion von Vorstand und Aufsichtsrat im Laufe des Jahres 2007 gibt somit  
565 durchaus Anlass zur Kritik. Durch ein mutigeres Handeln hätten – unter Inkaufnahme eines Jahres-  
566 verlustes 2007 – die späteren Verluste des Jahres 2008 teilweise reduziert werden können. Der finan-  
567 zielle Schaden für das Land Schleswig-Holstein wäre dadurch gemildert worden. Realistischer Weise  
568 kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass dadurch die Schieflage der HSH Nordbank ins-  
569 gesamt verhindert worden wäre. Die Folgen der extremen Marktsituation nach dem Zusammenbruch  
570 von Lehman Brothers im September 2008 mit ihren gravierenden Auswirkungen zunächst auf die Li-  
571 quiditätssituation der Bank und später auch auf das Schiffs- und Immobilienkreditgeschäft wären  
572 hiervon weitgehend unberührt geblieben.

### 574 3. Verluste statt Risikobegrenzung - das Omega-Geschäfte Ende 2007

575  
576 Aufgrund der Marktverwerfung im Laufe des Jahres 2007 konnten die von der HSH Nordbank im selben Zeit-  
577 raum vergebenen Kredite, insbesondere im Schiffs- und Immobiliengeschäft, nicht in dem geplanten Maße  
578 syndiziert werden. Anstatt also die Kreditrisiken mit anderen Banken zu teilen, wie dieses in den Vorjahren  
579 gängige Praxis war, blieb die HSH Nordbank umgangssprachlich ausgedrückt auf ihren Kreditengagements  
580 sitzen und musste die damit verbundenen Risiken alleine tragen. Zur Reduzierung dieser Risikoaktiva (risk-  
581 weighted assets) beschloss der Vorstand Ende 2007 sogenannte RWA-Entlastungstransaktionen durchzu-  
582 führen – eine davon unter dem Namen Omega 55. Die Transaktion wies allerdings die Besonderheit auf,  
583 dass sie aus zwei Teilen bestand, wobei es sich bei Teil A um die angestrebte RWA-Entlastung handelte,  
584 während die HSH Nordbank mit Teil B umgekehrt Risiken ihres Geschäftspartners übernahm.

585  
586 Die Ermittlungsergebnisse des HSH Untersuchungsausschusses haben zu der Erkenntnis geführt, dass kein  
587 zwingender Grund für die Durchführung der RWA-Entlastungstransaktionen bestand – erst Recht nicht in  
588 Kombination mit dem B-Teil des Geschäftes. Sämtliche aufsichtsrechtlich relevanten Bilanzkennzahlen wären  
589 auch ohne die RWA-Entlastung von Omega 55 eingehalten worden. Die gelegentlich geäußerte These, mit  
590 Hilfe der Omega-Transaktion sollten die Vorgaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV)  
591 im Rahmen des bestehenden Haftungsverbundes, dem auch die HSH Nordbank angehört, eingehalten wer-  
592 den, hat sich ebenfalls als wenig stichhaltig erwiesen. Die Aussagen mehrerer Zeugen<sup>28</sup> haben übereinstim-  
593 mend bestätigt, dass dieser Aspekt bei der Entscheidung keine Rolle gespielt hat. Als einzige Konsequenz  
594 hätte eine Verletzung der DSGV-Vorgaben zudem eine erhöhte Berichtspflicht nach sich gezogen, so dass  
595 hierin kein ausreichendes Motiv für die Durchführung von Omega 55 gesehen werden kann.

596  
597 Es ist somit festzuhalten, dass den durchgeführten RWA-Entlastungstransaktionen keine entscheidende Be-  
598 deutung für die HSH Nordbank insgesamt zukam. Deshalb liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Durch-  
599 führung der Transaktionen vorrangig dem Interesse der einzelnen Vorstandsmitglieder entsprach, in deren  
600 Verantwortungsbereich die vergebenen und nicht syndizierten Kredite zu einer Verletzung von Bereichsvor-  
601 gaben geführt hätten. Da von der Einhaltung dieser Zielvorgaben die Höhe der persönlichen Bonuszahlung  
602 für die Vorstandsmitglieder abhängig war, ergibt sich hieraus ein plausibles und nicht zu vernachlässigendes  
603 Motiv zur Durchführung von Transaktionen, selbst wenn diese für die Gesamtbank irrelevant oder sogar  
604 nachteilig waren. Da die betroffenen Vorstände von ihrem Aussageverweigerungsrecht gegenüber dem Un-  
605 tersuchungsausschuss Gebrauch gemacht haben, war es nicht möglich, eine direkte Befragung hierzu durch-  
606 zuführen. Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank hat nach Abschluss der Untersuchungen durch die beauftragte  
607 Rechtsanwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer die Bereichsvorstände für Schifffahrt sowie Kapital-

---

<sup>28</sup> Protokoll der 43. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 36 und Protokoll der 49. Sitzung des Untersuchungs-  
ausschusses, Seite 12

608 markt mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben entbunden. Von Seiten der Staatsanwaltschaft werden dies-  
609 bezüglich ebenfalls Ermittlungen durchgeführt, deren Ergebnis abzuwarten bleibt. Dieses gilt ebenso für die  
610 Frage, ob neben den unmittelbar handelnden Vorstandsmitgliedern, die den Geschäftsabschluss im Eilver-  
611 fahren herbeigeführt haben, auch diejenigen Vorstandsmitglieder im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung  
612 eine Pflichtverletzung und damit einen Verstoß gegen das Aktiengesetz begangenen haben, die den Eilbe-  
613 schluss nachträglich mit abgezeichnet haben. Die Kanzlei CBH Cornelius, Bartenbach, Haesemann und  
614 Partner, Köln, kommt in ihrem Rechtsgutachten zu Omega 55 zu dem Ergebnis, dass kein grober Pflichtver-  
615 stoß der übrigen Mitglieder des Vorstands im Sinne von § 84 Abs. 3 Aktiengesetz gegeben sei.<sup>29</sup>  
616

617 Eine vergleichbare Motivationslage wie für die handelnden Bereichsvorstände bestand auch für die verant-  
618 wortlichen Mitarbeiter, die das Omega-Geschäft federführend konzipiert haben. Hierfür zuständig war die  
619 Londoner Niederlassung der HSH Nordbank mit ihrer dort ansässigen Financial Institutions Group. Ange-  
620 sichts des milliardenschweren Volumens der Omega-Transaktion dürfte allein der verantwortliche Niederlas-  
621 sungsleiter, Luis Marti-Sanchez, mit einem sechsstelligen Erfolgsbonus von der Durchführung des Omega 55  
622 Geschäfts persönlich profitiert haben. Nur weil Herr Marti-Sanchez zur eigenen Absicherung mit einer e-Mail  
623 auf eine notwendige rechtliche Überprüfung hingewiesen hat, ist er noch lange kein geeigneter Kronzeuge.  
624 Einer direkten Befragung zu den Omega-Geschäften und seiner diesbezüglichen Rolle hat sich Luis Marti-  
625 Sanchez durch zahlreiche Terminabsagen und Krankmeldungen geschickt entzogen. Seinen einzigen Auftritt  
626 vor dem HSH Untersuchungsausschuss nutzte er zudem dafür, um der Bank sogenannte „Steuerdeals“ vor-  
627 zuwerfen, ohne hierfür jedoch nähere Einzelheiten oder stichhaltige Beweise liefern zu können. **Insgesamt**  
628 **sind wir deshalb zu der Einschätzung gelangt, dass die Aussagen von Luis Marti-Sanchez in sich**  
629 **zweifelhaft waren und ihnen somit keine weitere Bedeutung beizumessen ist.**  
630

631 **Bei der politischen Beurteilung der Omega-Geschäfte ist festzuhalten, dass es sich um ein rein opera-**  
632 **tives Geschäft gehandelt hat, für welches der Vorstand allein verantwortlich war. Der Aufsichtsrat war**  
633 **weder im Vorfeld an der Entscheidungsfindung beteiligt noch war er überhaupt vor Abschluss des**  
634 **Geschäftes hierüber informiert. Aufgrund von Falschverbuchungen wurden die Geschäfte zudem**  
635 **nicht ordnungsgemäß bilanziert, so dass die finanziellen Folgen für den Aufsichtsrat erst mit fast**  
636 **einjähriger Verzögerung erkennbar wurden. Die durch die Omega-Geschäfte verursachten Verluste**  
637 **können somit dem Aufsichtsrat und den vertretenden Mitglieder der Landesregierung nicht angela-**  
638 **stet werden.**  
639

640 Dieses Fazit wird durch die vorliegenden Gutachten bestätigt: Das Gutachten von Freshfields Bruckhaus  
641 Deringer zur Frage möglicher Pflichtverletzungen von Mitgliedern des Aufsichtsrates der HSH Nordbank ver-  
642 tritt die Auffassung, dass der Aufsichtsrat seine Überwachungspflichten im Vorfeld und nach Ausbruch der  
643 Finanzmarktkrise nicht verletzt hat.<sup>30</sup> Auch der beauftragte Zweigutachter Herr Prof. Dr. Fleischer hält diese  
644 Schlussfolgerung für gut nachvollziehbar: „Weil es keine konkreten Warnhinweise auf Fehlentwicklungen gab,  
645 bestand für den Aufsichtsrat zunächst kein Anlass, seine Kontrollintensität zu erhöhen. Er konnte sich viel-  
646 mehr auf eine kritische Würdigung der Vorstandsberichte beschränken. Auch für eine Vernachlässigung der  
647 Kommunikationsintensität innerhalb des Aufsichtsrats fehlt es an zureichenden Anhaltspunkten. Nach Aus-  
648 bruch der Finanzmarktkrise hat der Aufsichtsrat seine Überwachungstätigkeit in sachlicher und zeitlicher Hin-  
649 sicht verstärkt und sich im Rahmen des Möglichen pflichtgemäß um Schadensbegrenzung bemüht.“<sup>31</sup>  
650

---

<sup>29</sup> Gutachten CBH, lfd. Nr. 169 HV, Blatt 5f

<sup>30</sup> Gutachten Freshfields Bruckhaus Deringer, Seite 438

<sup>31</sup> Rechtsgutachterliche Stellungnahme von Prof. Dr. Fleischer vom 06. März 2011, S. 89

651 Bei der Einordnung der Omega-Geschäfte ist ferner anzumerken, dass sie nicht ursächlich für die Schieflage  
652 der HSH Nordbank waren, sondern vielmehr die im Jahr 2008 auftretende Situation zusätzlich verschärft  
653 haben. Von den im Konzernabschluss 2008 vorgenommenen Wertberichtigungen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro  
654 entfiel ein Anteil von 493 Mio. Euro auf die Omega-Geschäfte. Im Jahr 2009 wurde bei dem Verkauf der aus  
655 dem B-Teil des Omega 55 Geschäfts stammenden Wertpapiere eine Wertaufholung in Höhe von 248 Mio.  
656 Euro realisiert. Der tatsächliche Gesamtverlust aus den Omega-Geschäften beläuft sich somit - incl. der  
657 Wertberichtigung in 2007 von 24 Mio. Euro - auf 269 Mio. Euro<sup>32</sup> und macht damit 8 % des Konzernverlustes  
658 von 3,4 Mrd. Euro in den Jahren 2008 und 2009 aus.

#### 659 **4. Absage des Börsengang und Kapitalerhöhung durch die Anteilseigner im Frühjahr 2008**

661  
662 Für das Jahr 2008 war ursprünglich der Börsengang der HSH Nordbank geplant. Mit dem Gang an die Börse  
663 sollte ein Geburtsfehler der Bank geheilt werden, nämlich ihre zu geringe Eigenkapitalausstattung. Aufgrund  
664 der Haushaltssituation der öffentlichen Eigentümer hatten diese die HSH Nordbank von Anfang an nicht in  
665 dem Maße mit Eigenkapital ausgestattet, wie es für die Ausrichtung zu einer wachstumsorientierten, interna-  
666 tionalen Geschäftsbank angemessen gewesen wäre. Die zu geringe Eigenkapitalausstattung stand deshalb  
667 permanent im Fokus der Rating-Agenturen. Wie bereits erwähnt, wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates im  
668 Dezember 2007 vom Vorstand darauf hingewiesen, dass bei Ausbleiben des für 2008 geplanten Börsen-  
669 gangs eine Herabstufung der Bank durch die Rating-Agenturen drohen würde. Vor diesem Hintergrund war  
670 der Börsengang in Form einer Kapitalerhöhung geplant. Durch die Ausgabe neuer Aktien wäre der Erlös aus  
671 dem Börsengang der HSH Nordbank als zusätzliches Eigenkapital zugeflossen. Eine Veräußerung von Antei-  
672 len durch die bisherigen Anteilseigner war hingegen nicht beabsichtigt. Im Gegenteil: Die öffentlichen Eigen-  
673 tümer hatten sich in einer Haltevereinbarung bereits im Jahr 2006 dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2013 min-  
674 destens 50,1% der Anteile an der HSH Nordbank zu halten.

675  
676 Angesichts des für einen Börsengang ungünstigen Marktumfeldes wurde im März 2008 in der Hauptver-  
677 sammlung die Entscheidung getroffen, von einem Börsengang zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzusehen. Zur  
678 Behebung der Eigenkapitalschwäche der Bank wurde stattdessen vereinbart, eine Kapitalerhöhung im Volu-  
679 men von rund 2 Mrd. Euro durch die Anteilseigner durchzuführen. Hierzu wurden bestehende Stillen Einlagen  
680 der öffentlichen Anteilseigner im Volumen von rd. 0,7 Mrd. Euro nicht liquiditätswirksam in Stammkapital ge-  
681 wandelt. Parallel dazu brachte die Investorengruppe um J.C. Flowers im Rahmen einer Barkapitalerhöhung  
682 einen Betrag von 300 Mio. Euro ein, um eine Verwässerung ihres bisherigen Anteils zu vermeiden. Schließ-  
683 lich wurde eine weitere Mrd. Euro durch die Zeichnung einer Pflichtwandelanleihe durch alle Anteilseigner  
684 aufgebracht. **Die Tatsache, dass die privaten Anteilseigner um J.C. Flowers bereit waren, sich im Früh-  
685 jahr 2008 mit frischem Geld in einem Gesamtvolumen von über einer halben Milliarde Euro an dieser  
686 Kapitalerhöhung zu beteiligen, ist ein an dieser Stelle besonders hervorzuhebender Aspekt.**

687  
688 In der politischen Diskussion über die Kapitalerhöhung des Jahres 2008 wird von Seiten des Obmanns der  
689 Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Thorsten Fürter, der Eindruck erweckt, die Kapitalerhöhung sei bereits zum  
690 damaligen Zeitpunkt einer Krise der Bank geschuldet gewesen. Die Interpretation des Kollegen Fürter, wo-  
691 nach die Warnung des Vorstandes vor einer Gefährdung des Geschäftsmodells im Falle eines Ausbleibens  
692 der Kapitalerhöhung mit einer Krise der Bank gleichzusetzen sei, wurde jedoch von keinem einzigen befrag-  
693 ten Zeugen geteilt. Ganz im Gegenteil: Alle Zeugen wiesen daraufhin, dass sich die HSH Nordbank zum

---

<sup>32</sup> <http://www.welt.de/die-welt/wirtschaft/article6476220/HSH-Aufloesung-von-Problemportfolio-nicht-zu-teuer.html>

694 Zeitpunkt der Kapitalerhöhung in keiner existenzgefährdenden Krise befunden habe.<sup>33</sup> Die Kapitalerhöhung  
695 hätte ausschließlich dazu gedient, der HSH Nordbank eine unveränderte Fortsetzung ihres wachstumsorien-  
696 tierten Geschäftsmodells als internationale Geschäftsbank zu ermöglichen. Auch der Präsident des Landes-  
697 rechnungshofes hatte im Vorfeld der Entscheidung zur Kapitalerhöhung ausgeführt, dass die Maßnahmen  
698 erforderlich seien, um die Wachstumsplanung der Bank abzusichern.<sup>34</sup>

699  
700 Der Kollege Fürter übersieht bei seiner Argumentation, dass selbst eine Gefährdung des bisherigen Ge-  
701 schäftsmodells nicht das Ende der HSH Nordbank bedeutet hätte. Im Falle einer Rating-Herabstufung hätte  
702 die HSH Nordbank vielmehr ein neues Geschäftsmodell entwickeln müssen, mit dem das Neugeschäft an die  
703 verschlechterten Refinanzierungskonditionen angepasst und Kostensenkungsmaßnahmen eingeleitet worden  
704 wären, um die Rentabilität des Instituts zu erhalten. All dieses wären schwerwiegende Konsequenzen gewe-  
705 sen, die vermutlich nicht ohne Auswirkungen auf einen späteren Börsengang geblieben wären. **Keineswegs**  
706 **ergibt sich aber daraus, dass die Kapitalerhöhung des Jahres 2008 vorgenommen wurde, um die HSH**  
707 **Nordbank vor einer akuten Krise zu bewahren.**

708  
709 Aufbauend auf seiner obigen These erhebt der Kollege Fürter außerdem den Vorwurf einer Täuschung des  
710 Parlaments<sup>35</sup> und stützt sich dabei auf die Rede von Finanzminister Wiegard in der Landtagssitzung vom 23.  
711 April 2008, mit der der Minister eine Anfrage der FDP-Fraktion beantwortete. In seinen Ausführungen wies  
712 der Minister darauf hin, dass die seit der Fusion der beiden Landesbanken bestehende dünne Eigenkapital-  
713 ausstattung durch einen Börsengang verbessert werden sollte, die Bank aber aufgrund der gegenwärtigen  
714 Kapitalmarktsituation nicht erfolgreich an die Börse gebracht werden könnte. Dieses sei der Grund, weshalb  
715 die Anteilseigner der Bank nunmehr das Kapital zuführen würden, welches ansonsten über einen Börsen-  
716 gang erzielt worden wäre.<sup>36</sup> Anschließend erläuterte der Minister detailliert die Ausgestaltung der Kapitaler-  
717 höhung.

718  
719 Der Vorwurf des Kollegen Fürter stützt sich einzig und allein darauf, dass in den mündlichen Ausführungen  
720 des Ministers die Gefährdung des Geschäftsmodells der HSH Nordbank im Falle eines Ausbleibens der Kapi-  
721 talerhöhung nicht erwähnt wurde. In der schriftlichen Vorlage (Umdruck 16-3291) des Finanzministeriums ist  
722 dieser Hinweis dagegen sehr wohl enthalten und zudem öffentlich für jedermann nachzulesen. Der Umdruck  
723 ist den Abgeordneten rechtzeitig vor der Beschlussfassung des Finanzausschusses im Juli 2008 zugegan-  
724 gen, so dass die Entscheidung in Kenntnis sämtlicher relevanter Informationen erfolgte. **Der Vorwurf einer**  
725 **Täuschung des Parlaments ist angesichts dieser Faktenlage als vollkommen unhaltbar zurückzuwei-**  
726 **sen.**

---

<sup>33</sup> Protokoll der 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 18 und Protokoll der 28. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 9

<sup>34</sup> Protokoll der 96. Sitzung des Finanzausschusses, 16. Wahlperiode, Seite 8

<sup>35</sup> Pressemitteilung Bündnis90/Die Grünen vom 19.4.2010

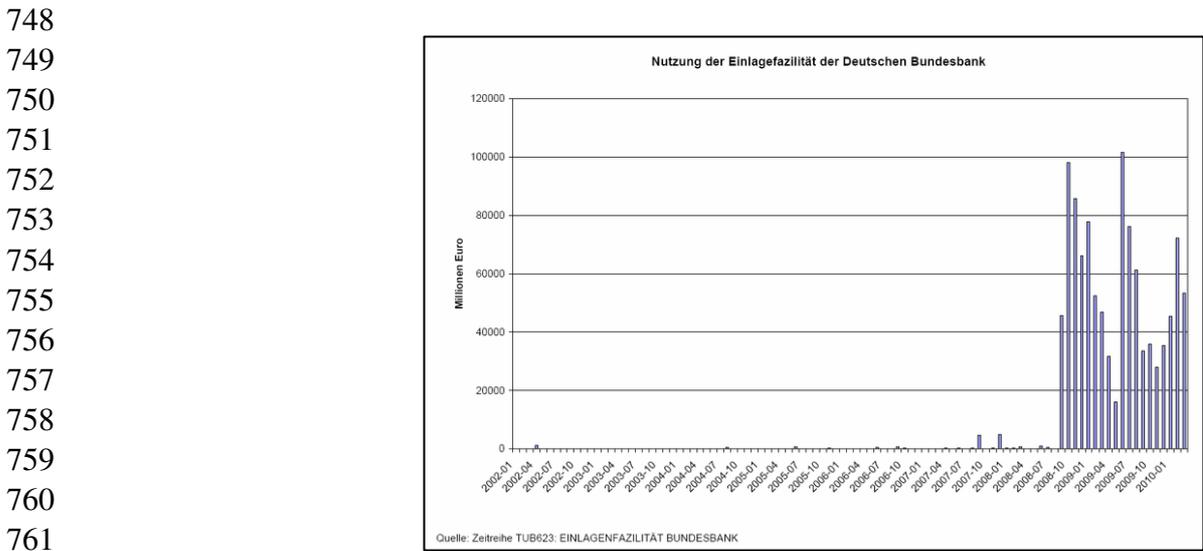
<sup>36</sup> Plenarprotokoll 82. Sitzung, 16. Wahlperiode, Seite 6023

727 **III. Am Rande des Abgrunds:**  
728 **Von der Lehman Pleite im Herbst 2008 bis zum Rettungspaket 2009**  
729

730 Der dritte und letzte Zeitabschnitt umfasst die eigentliche Krise der HSH Nordbank in Folge der Insolvenz der  
731 US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers sowie die anschließende Rettung der HSH Nordbank  
732 durch die vom Landtag Schleswig-Holstein sowie der Hamburger Bürgerschaft gefassten Beschlüsse zur  
733 Kapitalerhöhung und Risikoabschirmung. In den folgenden beiden Kapiteln wird die Bedeutung beider Ereig-  
734 nisse für die HSH Nordbank behandelt.  
735

736 **1. Die Pleite von Lehman Brothers und ihre Folgen für die HSH Nordbank**  
737

738 Am 15. September 2008 beantragte die viertgrößte US-amerikanische Investmentbank Lehmann Brothers  
739 Insolvenz. Die seit Mitte 2007 andauernde Finanzmarktkrise erreichte damit eine neue Dimension und weitete  
740 sich zu einem Flächenbrand aus. Nachdem in den Monaten zuvor noch die Investmentbank Bear Stearns  
741 durch einen Notverkauf gerettet worden war und die amerikanische Regierung die großen Hypothekenfinan-  
742 zierer Fannie Mae und Freddie Mac mit Milliarden Dollar unterstützt hatte, war damit die von niemandem  
743 erwartete und nicht vorhersehbare Pleite einer großen, weltweit tätigen und damit systemrelevanten Bank  
744 eingetreten. Die unmittelbare Folge dieses Ereignisses war eine dramatische Vertrauenskrise in das Banken-  
745 system. Dies führte innerhalb kürzester Zeit dazu, dass der Interbankenmarkt, also die kurzfristige Bereitstel-  
746 lung von Überschussliquidität der Banken untereinander, vollständig zum Erliegen kam.  
747



763 Wie die obige Grafik veranschaulicht, wurde die Einlagenfazilität der Deutschen Bundesbank in den Monaten  
764 ab September 2008 in einem Volumen zwischen 40 und 100 Mrd. Euro in Anspruch genommen, nachdem  
765 der Wert im August 2008 lediglich bei 131 Mio. Euro gelegen hatte. Die deutschen Kreditinstitute parkten ihre  
766 Liquidität also lieber bei der Bundesbank, als sie verzinslich anderen Banken auszuleihen. Da die HSH Nord-  
767 bank als Geschäftsbank aufgrund ihrer historischen Entstehung nur über ein sehr begrenztes Einlagenge-  
768 schäft verfügte, war sie entscheidend auf die Refinanzierung am Kapitalmarkt angewiesen. Hierbei spielte die  
769 kurzfristige Liquiditätsbeschaffung von anderen Banken eine wichtige Rolle<sup>37</sup>, so dass die HSH Nordbank  
770 vom Zusammenbruch des Interbankenmarktes besonders stark betroffen war.

<sup>37</sup> Gemäß der Abschlussbilanz des Jahres 2007 beliefen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf 57,7 Mrd. Euro, davon 39,6 Mrd. Euro mit einer Laufzeit unter einem Jahr. Geschäftsbericht 2007, Seite 159

771 Als Folge davon entwickelte sich die im Laufe des Jahres bereits angespannte Liquiditätssituation im Herbst  
772 2008 zu einem akuten Liquiditätsengpass, der die HSH Nordbank in ihrer Zahlungsfähigkeit und damit ihrer  
773 Existenz bedrohte. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank wurde deshalb im November vom  
774 Vorstand unter Beteiligung des Aufsichtsrates mit dem Finanzmarkt Stabilisierungsfonds (SoFFin) die Bereit-  
775 stellung einer Liquiditätsgarantie über 30 Mrd. Euro vereinbart. Als Bedingung für die Gewährung dieser Li-  
776 quiditätsgarantie und ihre vollständige Inanspruchnahme wurde vom SoFFin die Einhaltung bzw. das Errei-  
777 chen einer Kernkapitalquote von 7% verlangt.

778

779 Als Konsequenz aus der Pleite von Lehman Brothers ergab sich jedoch nicht nur ein Zusammenbruch des  
780 Interbankenmarktes, auch bei strukturierten, forderungsbesicherten Wertpapieren wie Asset Backed Securi-  
781 ties und Collateralized Debt Obligations blieb die Nachfrage nahezu vollständig aus. Angesichts der dramati-  
782 schen Verluste, die zur Insolvenz von Lehman Brothers geführt hatten, stieg das Risikobewusstsein und  
783 zugleich auch die Risikoaversion der Anleger. Ihnen wurde bewusst, dass in den komplexen Strukturen die-  
784 ser Wertpapiergattungen - entgegen den von den Rating-Agenturen vergebenen erstklassigen Ratings -  
785 durchaus Risiken verborgen waren. Die daraufhin nicht mehr vorhandene Bereitschaft der Anleger, in derarti-  
786 ge Papiere zu investieren, machte eine Preisbildung am Markt nahezu unmöglich. Vor diesem Hintergrund  
787 setzten sich im allgemeinen Sprachgebrauch schnell Begriffe wie „toxische Papiere“ oder „Schrott-Papiere“  
788 durch.

789

790 Von diesen Auswirkungen war auch die HSH Nordbank im Rahmen ihres Kreditersatzgeschäftes betroffen.  
791 Anders als das deutsche HGB, das bei vorübergehenden Wertminderungen erlaubt, auf Abschreibungen zu  
792 verzichten, verlangten die 2007 von der Bank eingeführten IFRS-Richtlinien eine Bilanzierung nach aktuellen  
793 Marktwerten. Die Tatsache, dass zahlreiche Wertpapiere Ende 2008 nur noch mit großen Kursabschlägen  
794 gehandelt wurden oder mangels Nachfrage eine Preisbildung überhaupt nicht zustande kam, machte deshalb  
795 entsprechend hohe Wertberichtigungen erforderlich. Insgesamt ergab sich für die HSH Nordbank mit dem  
796 Konzernabschluss 2008 ein Abschreibungsbedarf in Höhe von 2,3 Mrd. Euro. Hierbei handelte es sich ganz  
797 überwiegend nicht um realisierte Verluste, sondern um buchmäßige Korrekturen des Wertansatzes in der  
798 Konzernbilanz. Die Entwicklung der Jahre 2009 und 2010 sollte zeigen, dass in erheblichem Umfang eine  
799 Wertaufholung erfolgte. So waren für die letzten drei Quartale 2009 Wertaufholungen im CIP von 247 Mio.  
800 Euro zu verzeichnen.<sup>38</sup> Die Ende 2008 abgeschriebenen Papiere waren somit nicht - wie vielfach vermutet -  
801 wertlos, sondern es gab zu diesem Zeitpunkt einfach keinen Markt für solche Papiere und somit auch keinen,  
802 ihrem inneren Wert entsprechenden Marktpreis. Durch die vorgenommenen Abschreibungen reduzierte sich  
803 das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital der HSH Nordbank im selben Umfang, was zu einem entspre-  
804 chenden Rückgang der Eigenkapitalquote führte. Mit einer Kernkapitalquote von nur noch 5,23 % war die  
805 bankaufsichtsrechtliche Mindestquote von 4,0 % zwar weiterhin erfüllt, aber in bedrohliche Nähe gerückt. Die  
806 von Seiten des SoFFin als Bedingung für die Gewährung von Liquiditätsgarantien geforderte Kernkapitalquo-  
807 te von 7% war somit ohne die Zuführung von zusätzlichem Eigenkapital nicht zu erreichen.

808

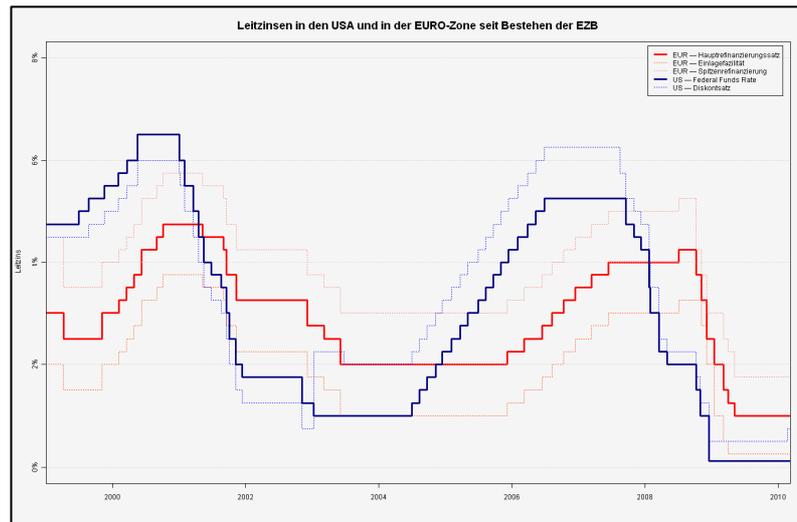
809 Als dritte Konsequenz aus dem Schock der Lehman-Pleite kam es zu einem Übergreifen der Finanzmarktkri-  
810 se auf die Realwirtschaft. Der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in das Bankensystem und die  
811 steigende Sorge um die eigene berufliche Zukunft löste eine Zurückhaltung im Konsumverhalten aus. Dar-  
812 aufhin kündigten beispielweise die meisten Automobilhersteller Ende Oktober / Anfang November deutliche  
813 Produktionskürzungen an. Infolgedessen kam es wiederum an den Aktien- und Rohstoffmärkten zu starken

---

<sup>38</sup> KPMG Prüfungsbericht zum 31.12.2009, Bd. 4, S. 20

814 Preistrückgängen. Nach Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes befand sich Deutschland seit Oktober  
815 2008 in einer Rezession.<sup>39</sup>

816  
817 Wie die nachfolgende Grafik zeigt, ergab sich auch für die Europäische Zentralbank (EZB) erst im Anschluss  
818 an die Lehmann-Pleite die Notwendigkeit zum Handeln. Waren die europäischen Leitzinsen seit Mitte 2007  
819 konstant und im Frühjahr 2008 sogar noch einmal erhöht worden, kam es ab Herbst 2008 zu einer raschen  
820 Folge von Zinssenkungen, mit denen die EZB auf die sich durch die Lehmann-Pleite verschärfende Finanz-  
821 marktkrise und die einsetzende Wirtschaftskrise reagierte.



822  
823  
824  
825  
826  
827  
828  
829  
830  
831  
832  
833  
834  
835  
836  
837  
838 Waren die Auswirkungen der Finanzmarktkrise vorrangig auf das Kreditersatzgeschäft der HSH Nordbank  
839 beschränkt, wurde die Bank von der Wirtschaftskrise auch in ihrem Kreditgeschäft schwer in Mitleidenschaft  
840 gezogen. Die Spezialisierung auf Schiffs- und Flugzeugfinanzierung erwies sich jetzt als Klumpenrisiko, da  
841 diese zyklischen Branchen von der Wirtschaftskrise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der  
842 Bilanzverlust der HSH Nordbank im Jahr 2009 resultiert vollständig aus Wertberichtigungen auf das vorhan-  
843 dene Kreditgeschäft, wohingegen im Bereich des Kreditersatzgeschäftes Wertaufholungen positiv zu Buche  
844 schlugen. Bei den Abschreibungen auf das Kreditgeschäft ist ebenfalls festzuhalten, dass es sich hierbei  
845 größtenteils nicht um realisierte Verluste, sondern ausschließlich um buchmäßige Anpassungen handelte.  
846 Die Situation der HSH Nordbank wurde auch an dieser Stelle durch die Bilanzierung nach IFRS verschärft, da  
847 hierdurch Wertberichtigungen bei Zahlungsverzug verbindlich vorgeschrieben waren.

848  
849 **In der politischen Auseinandersetzung spielte die Einstufung der Lehman-Pleite eine besondere Rol-**  
850 **le. Von verschiedenen Zeugen, darunter auch Finanzminister Wiegard, wurde die Insolvenz von Leh-**  
851 **man Brothers als Auslöser für die Schieflage der HSH Nordbank bezeichnet.<sup>40</sup> Diese Auffassung ist**  
852 **zutreffend: Ohne Lehmann Brothers wäre es nicht zum Zusammenbruch des Interbankenmarktes**  
853 **gekommen. Ebenso wenig wären die Kursabschläge im Kreditersatzgeschäft und der Einbruch der**  
854 **Realwirtschaft in der erlebten Heftigkeit und Schnelligkeit eingetreten. Ohne diese Entwicklungen in**  
855 **Folge der Lehman-Pleite wäre die HSH Nordbank nicht in eine die Existenz bedrohende Schieflage**

<sup>39</sup> Pressemitteilung Nr. 197 des Statistischen Bundesamtes vom 26.05.2009

<sup>40</sup> Protokoll der 32. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 11 (Kamischke), Protokoll der 43. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 19ff. (Wiegard), Protokoll der 28. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 11 (Berger), Protokoll der 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 17-18 (Peiner).

856 geraten. Die Lehman-Pleite war somit der Auslöser für die Krise der HSH Nordbank – aber nicht die  
857 alleinige Ursache. Wie bereits ausgeführt ist als eigentliche Ursache die Ausrichtung der HSH Nord-  
858 bank zu einer wachstumsorientierten, internationalen Geschäftsbank mit einer dafür unzureichenden  
859 Eigenkapitalausstattung anzusehen. Ebenso ursächlich ist das in seinem Volumen und seiner Risiko-  
860 struktur unangemessene Kreditersatzgeschäft, welches auf Basis der Gewährträgerhaftung einge-  
861 gangen wurde. Die Überforderung der Bank mit Fusionsprozess, strategischer Neuausrichtung und  
862 angestrebtem Börsengang hatte zudem schwerwiegende Mängel im Risikomanagement entstehen  
863 lassen, die ein rechtzeitiges Reagieren auf die Finanzmarktkrise verhinderten. Diese Geburtsfehler  
864 und falschen Weichenstellungen bei Gründung der HSH Nordbank führten dazu, dass die Bank den  
865 externen Schock der Lehman-Pleite ohne Unterstützung der öffentlichen Eigentümer nicht überstan-  
866 den hätte.

867

## 868 2. Das Rettungspaket der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein

869

870 Zur Rettung der HSH Nordbank wurde von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein ein Rettungspaket  
871 geschnürt, das zum Einen aus einer Kapitalerhöhung im Umfang von 3 Mrd. Euro und zum Anderen aus ei-  
872 ner Risikoabschirmung über 10 Mrd. Euro bestand. An der Entwicklung dieses Konzeptes waren sowohl der  
873 Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank, Prof. Dr. Dirk Jens Nonnenmacher, als auch der schleswig-  
874 holsteinische Finanzminister Rainer Wiegard maßgeblich beteiligt. Zur Umsetzung des Rettungskonzeptes  
875 wurde von beiden Bundesländern mit dem „HSH Finanzfonds“ eine Anstalt öffentlichen Rechts gegründet,  
876 über die anschließend die Kapitalerhöhung von 3 Mrd. Euro vorgenommen wurde. Im Gegenzug erfolgte die  
877 Ausgabe neuer Aktien, deren Bezugspreis von 19,- Euro<sup>41</sup> sich aus der aktuellen Bewertung der HSH Nord-  
878 bank im Frühjahr 2009 ergab und damit nur noch einen Bruchteil des Preises betrug, zu dem die Kapitalerhö-  
879 hung im Jahre 2008 durchgeführt worden war. Da sich die privaten Anteilseigner um J.C. Flowers ebenso wie  
880 der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein an dieser Kapitalerhöhung nicht beteiligten, gingen die  
881 neu ausgegebenen Aktien vollständig in den Besitz des HSH Finanzfonds über. Der Anteil Schleswig-  
882 Holsteins an der HSH Nordbank erhöhte sich damit von 29,1% auf 42,52 %.

883

884 Die Risikoabschirmung im Umfang von 10 Mrd. Euro erstreckte sich über den Großteil der Bilanzaktiva der  
885 HSH Nordbank und sicherte die Bank somit vor Wertverlusten in diesen Vermögenspositionen ab. Zu berück-  
886 sichtigen ist hierbei allerdings, dass mit den Jahresabschlüssen 2007 und 2008 bereits Wertberichtigungen  
887 im Volumen von über 4 Mrd. Euro auf diese Aktiva gebildet worden waren. Ausgehend von der Verlustprog-  
888 nose für die nächsten Jahre wurde zudem vereinbart, dass auch diese kalkulierten Verluste im Rahmen einer  
889 Erstverlusttranche von der HSH Nordbank selbst getragen werden müssen.<sup>42</sup> Erst danach setzt die Risikoab-  
890 schirmung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein ein. Im Gegenzug zu der Gewährung dieser Garan-  
891 tie wurde eine von der HSH Nordbank zu zahlende Garantieprovision in Höhe von 4,0% p.a. vereinbart, die  
892 dem HSH Finanzfonds für die Dauer der Risikoabschirmung zufließt und von diesem dafür verwendet wird,  
893 den für die Kapitalerhöhung aufgenommenen Kredit über 3 Mrd. Euro allmählich zu tilgen.

894

895 Im Gesetzentwurf der Landesregierung zur Errichtung des HSH Finanzfonds findet sich die deutliche War-  
896 nung „Sofern keine Rekapitalisierung über eine Garantie und frisches Kapital erfolgt, wird die Bundesanstalt  
897 für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unweigerlich Schritte zur Schließung der Bank einleiten.“<sup>43</sup> Des

---

<sup>41</sup> <http://www.abendblatt.de/hamburg/article1023111/HSH-Nordbank-bekommt-drei-Milliarden-Euro.html>

<sup>42</sup> Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft vom 17. Februar 2009, Seite 18

<sup>43</sup> Drucksache 16/2511 vom 27.02.2009, Seite 14-15

898 Weiteren wird darauf hingewiesen, dass bei Schließung und Liquidation der Bank mit einer Inanspruchnahme  
899 aus der noch andauernden Gewährträgerhaftung zu rechnen wäre, die sich per 31. Dezember 2008 auf einen  
900 Betrag von 64,6 Mrd. Euro belief.<sup>44</sup> Diese Auffassung wurde vom Präsidenten der BaFin in der Sitzung des  
901 Finanzausschusses vom 19. März 2009 nachdrücklich bestätigt. Hinsichtlich möglicher Alternativen zur Ü-  
902 bernahme der Garantien und der Kapitalerhöhung führte Präsident Sanio aus: „Es gibt jede Menge Alternati-  
903 ven. Ich persönlich würde sie aber nicht für empfehlenswert halten.“<sup>45</sup> Für den Fall einer Ablehnung von Kapi-  
904 talerhöhung und Risikoabschirmung stellte Präsident Sanio folgende dramatische Entwicklung in Aussicht:  
905 „Es wird bei einem Downgrading ... sofort einen institutionellen Run auf die Bank geben, ... der Untergang  
906 der Bank wäre nur noch ein paar Mausclicks entfernt.“<sup>46</sup> Ferner wies Präsident Sanio auf die Systemrelevanz  
907 der HSH Nordbank hin: „Wenn eine Landesbank – egal welche – in den Untergang geht, dann zieht sie alle  
908 anderen mit.“<sup>47</sup> Auf die von der finanzpolitischen Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Monika  
909 Heinold, ins Spiel gebrachte Alternative einer geordneten Abwicklung der Bank, äußerte sich Präsident Sanio  
910 wie folgt: „Ich weiß nicht, wie eine geordnete Abwicklung durchgeführt werden sollte, ... Ich kenne keinen Fall,  
911 in dem das versucht worden wäre. Ich sehe das als gefährliches Experiment an.“<sup>48</sup> Für die Länder Hamburg  
912 und Schleswig-Holstein wäre es im Hinblick auf die Gewährträgerhaftung von rund 65 Mrd. Euro, die im Falle  
913 einer Insolvenz der HSH Nordbank zum Tragen gekommen wären, unverantwortlich gewesen, ein solches  
914 gefährliches Experiment einzugehen.

915  
916 Von Seiten der damaligen Oppositionsfraktionen wurde vor diesem Hintergrund wiederholt die Forderung  
917 nach einer Einbeziehung des Bundes bzw. des SoFFin in das Rettungspaket für die HSH Nordbank erhoben.  
918 Bereits in der gemeinsamen Sitzung von Finanzausschuss und Haushaltsausschuss der Hamburger Bürger-  
919 schaft am 17. Februar 2009 hatte Finanzminister Wiegard allerdings auf entsprechende Fragen der Kollegin  
920 Heinold<sup>49</sup> deutlich gemacht, dass der Bund auf keinen Fall bereit sei, Eigenkapital zur Deckung von Risiken  
921 aus bisherigen Geschäften zur Verfügung zu stellen.<sup>50</sup> In der Vernehmung des ehemaligen Bundesfinanzmi-  
922 nisters Peer Steinbrück durch den Untersuchungsausschuss am 13. Dezember 2010 wurde diese Aussage  
923 vollständig bestätigt. Die Kapitalerhöhung von drei Milliarden Euro sei notwendig gewesen, so Steinbrück,  
924 denn für die Altlasten hätten nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz die Alteigentümer einstehen müs-  
925 sen.<sup>51</sup> „Warum sollte er [der Bund] die diversen Alteigentümer der Landesbanken in Deutschland aus dem  
926 Obligo entlassen? Dann wäre er ja verrückt.“<sup>52</sup>, formuliert Steinbrück mit deutlichen Worten. Er wäre als Bun-  
927 desfinanzminister ans Kreuz genagelt worden, denn dafür hätte er die Kredite des Bundes erhöhen müssen.  
928 "Warum sollte sich der Bund das antun?"<sup>53</sup>, machte Steinbrück unmissverständlich klar. Auf die Frage, ob die  
929 Möglichkeit bestanden hätte, für die 3 Mrd. Euro Kapitalerhöhung Mittel des SoFFin zu erhalten, antwortete  
930 Steinbrück dementsprechend mit einem klaren „Nein“.<sup>54</sup> Die Möglichkeit für eine Beteiligung des SoFFin hätte  
931 lediglich im Falle einer stärkeren Eigenkapitalausstattung einer rechtlich klar getrennten und von Altlasten  
932 befreiten Kernbank bestanden. Dieses wäre allerdings keine Alternative zu den Kapitalmaßnahmen der Bun-

---

<sup>44</sup> Drucksache 16/2511 vom 27.02.2009, Seite 14-15

<sup>45</sup> Protokoll der 122. Sitzung des Finanzausschusses, 16. Wahlperiode, Seite 51.

<sup>46</sup> Protokoll der 122. Sitzung des Finanzausschusses, 16. Wahlperiode, Seite 50-51

<sup>47</sup> Protokoll der 122. Sitzung des Finanzausschusses, 16. Wahlperiode, Seite 30

<sup>48</sup> Protokoll der 122. Sitzung des Finanzausschusses, 16. Wahlperiode, Seite 65

<sup>49</sup> Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft vom 17. Februar 2009, Seite 20 und 22.

<sup>50</sup> Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft vom 17. Februar 2009, Seite 23-24

<sup>51</sup> Protokoll der 59. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 7

<sup>52</sup> Protokoll der 59. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 5

<sup>53</sup> Protokoll der 59. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 17

<sup>54</sup> Protokoll der 59. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 6

933 desländer, sondern lediglich eine ergänzende zusätzliche Möglichkeit gewesen, von der die Länder keinen  
934 Gebrauch gemacht hätten.<sup>55</sup>

935  
936 Da die Argumentation in den vorangegangenen Absätzen auf den Bestimmungen des Finanzmarktstabilisie-  
937 rungsgesetzes beruht, ist der Vollständigkeit halber noch die Frage zu beleuchten, ob eine Beteiligung des  
938 Bundes bei einem anders lautendem Gesetzesbeschluss möglich gewesen wäre. Der ursprüngliche Vor-  
939 schlag von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück sah vor, dass sich die Länder an dem 500-Mrd.-Euro-  
940 Rettungspaket des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes mit einem Anteil von 35 Prozent und somit 175 Mrd.  
941 Euro beteiligen. Bei einem Gespräch des Bundesfinanzministers mit den Länderfinanzministern wurde dieser  
942 Vorschlag von der Mehrheit der Länderfinanzminister abgelehnt, die sich stattdessen bereit erklärten, die  
943 Risiken ihrer Landesbanken selbst zu tragen.<sup>56</sup> Die Positionierung der schleswig-holsteinischen Landesregie-  
944 rung beschrieb der damalige Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette bei seiner Zeugenvernehmung wie  
945 folgt: „Wir haben damals beschlossen, ... dass die Vertreter der Landesregierung alles daransetzen sollten,  
946 dass es zu keiner weiteren Belastung der Länder kommen könnte.“<sup>57</sup> Es stellt sich somit die Frage, ob die  
947 Landesregierung mit dieser Entscheidung die Gelegenheit verpasst hat, den Bund an der Rettung der HSH  
948 Nordbank zu beteiligen. Hierzu ist zunächst festzustellen, dass die Entscheidung bereits Mitte Oktober 2008  
949 getroffen wurde. Zu diesem Zeitpunkt dürfte die kritische Liquiditätssituation der HSH Nordbank der Landes-  
950 regierung zwar bewusst gewesen sein, das Ausmaß des später durch die Länder zu schnürenden Rettungs-  
951 pakets war hingegen noch nicht abzusehen. Dagegen waren die Belastungen aus einer Beteiligung am Ret-  
952 tungsschirm des Bundes klar zu beziffern: Legt man den Königsteiner Schlüssel für die Aufteilung des Län-  
953 deranteils bei gemeinsamen Finanzierungen zugrunde, wären 3,32% des Länderanteils von 175 Mrd. Euro  
954 von Schleswig-Holstein zu tragen gewesen – somit 5,8 Mrd. Euro. Vergleicht man diese Größe mit dem  
955 schleswig-holsteinischen Anteil am späteren Rettungspaket der Länder von 6,5 Mrd. Euro (jeweils die Hälfte  
956 der 3 Mrd. Euro Kapitalerhöhung und der 10 Mrd. Euro Risikogarantie) so wird deutlich, dass unabhängig von  
957 der Entscheidung der Landesregierung in beiden Fällen vergleichbare Risiken auf das Land Schleswig-  
958 Holstein zugekommen wären. Bei einer Beteiligung der Länder am Rettungspaket des Bundes hätte Schles-  
959 wig-Holstein allerdings nicht an den Provisionszahlungen der HSH Nordbank für die bereitgestellten Garan-  
960 tien profitiert, da diese dann dem SoFFin zugeflossen wären. Außerdem wäre der seinerzeit gehaltene Anteil  
961 des Landes Schleswig-Holstein an der HSH Nordbank durch den Einstieg des SoFFin stark verwässert wor-  
962 den. Dadurch wären zwar die Risiken breiter gestreut gewesen, andererseits hätte Schleswig-Holstein nicht  
963 in dem Maße an der Wertaufholung der HSH Nordbank partizipiert wie gegenwärtig. Insgesamt erscheint  
964 somit die gefundene Länderlösung als vorteilhafter für Schleswig-Holstein. **In der politischen Beurteilung  
965 kann der Landesregierung deshalb für ihre im Oktober 2008 unter erheblichem Zeitdruck getroffene  
966 Entscheidung kein Vorwurf gemacht werden, zumal die Entscheidung nicht von Schleswig-Holstein  
967 allein, sondern auch von den übrigen Ländern getroffen wurde. Auch von Seiten der Opposition ist  
968 zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Kritik geäußert worden, obwohl die Entscheidung der Landesre-  
969 gierung öffentlich bekannt war (der zitierte Handelsblatt-Artikel stammt vom 15. Oktober 2008).**

970  
971 In Zusammenhang mit dem Rettungspaket für die HSH Nordbank ist an dieser Stelle noch auf die Rolle des  
972 damaligen Wirtschaftsministers Dr. Werner Marnette einzugehen. In der Sitzung des Finanzausschusses am  
973 19. März 2009 hatte er öffentlich erklärt: „Ich stehe zu der Entscheidung der Landesregierung, die HSH Nord-  
974 bank durch die Gewährung einer Kapitalspritze von 3 Milliarden € und die Gewährung einer Garantiesumme

---

<sup>55</sup> Protokoll der 59. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 6-7

<sup>56</sup> <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundeslaender-feilschen-um-rettungspaket/3036530.html>

<sup>57</sup> Protokoll der 46. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 44

975 von 10 Milliarden € zu unterstützen.<sup>58</sup> Zehn Tage später begründete er seinen Rücktritt hingegen damit, dass  
976 er die Maßnahmen zur Sanierung der angeschlagenen Landesbank nicht länger mittragen könne.<sup>59</sup> In seiner  
977 Befragung durch den Untersuchungsausschuss am 04. Oktober 2010 kritisierte Dr. Marnette die aus seiner  
978 Sicht unzureichenden Informationen der Landesregierung, die er als Wirtschaftsminister über die HSH Nord-  
979 bank erhalten habe.<sup>60</sup> Genau aus diesem Umstand heraus konnte Dr. Marnette allerdings aus eigener An-  
980 schauung nicht nennenswert zur Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses beitragen. In seinen  
981 Ausführungen stützte er sich ganz überwiegend auf öffentlich zugängliche Quellen, aus denen er seine eige-  
982 nen Schlussfolgerungen ableitete. Wie bereits unmittelbar nach seinem Rücktritt machte er die Vorhersage,  
983 dass die 3 Mrd. Kapitalerhöhung der Länder durch weitere Milliardenverluste der HSH Nordbank angegriffen  
984 würde und es innerhalb kürzester Zeit einer weiteren Kapitalspritze bedürfe.<sup>61</sup> Die tatsächliche Entwicklung  
985 der HSH Nordbank im Jahr 2010 hat diese Prognose von Herrn Dr. Marnette klar widerlegt.

986  
987 Abschließend sei darauf hingewiesen, dass Herr Dr. Marnette an den von ihm kritisierten Fehlentwicklungen  
988 der HSH Nordbank in den Jahren 2003 bis 2008 nicht gänzlich unbeteiligt war. Zum Zeitpunkt der Fusion –  
989 und damit zum Zeitpunkt der Weichenstellung für die zukünftige Ausrichtung der HSH Nordbank – gehörte er  
990 dem Aufsichtsrat der Hamburgischen Landesbank an. In der Zeit vom 04. Oktober 2004 bis zum 12. Juni  
991 2008 stand er der HSH Nordbank als Vorsitzender des Beirates beratend zur Seite. Nach eigener Aussage  
992 war er aufgrund dieser Tätigkeit und mittels weiterer direkter Verbindungen über die Entwicklung der HSH-  
993 Nordbank „vergleichsweise gut informiert“.<sup>62</sup> Im Spiegel-Interview vom 06. April 2009 wird Dr. Marnette wie  
994 folgt zitiert: „Schon Anfang 2008 war für jeden interessierten Laien erkennbar, dass da etwas aus dem Ruder  
995 lief“. Er selbst wäre somit wie kaum ein Zweiter dazu berufen gewesen, rechtzeitig Alarm zu schlagen. Be-  
996 dauerlicherweise hat er zu keinem Zeitpunkt hierfür die Initiative ergriffen.

997  
998 **Für die politische Bewertung ist festzuhalten, dass zu dem von der Landesregierung vorgeschlage-**  
999 **nen und vom Landtag beschlossenen Rettungspaket keine bessere Alternative bestand. Eine Beteili-**  
1000 **gung des Bundes zur Abdeckung von Altlasten war durch die Regelungen des Finanzmarktstabilisie-**  
1001 **rungsgesetzes ausgeschlossen und eine Abwicklung und Liquidation der HSH Nordbank hätte das**  
1002 **Land als Gewährträger in einem Umfang von bis zu 65 Mrd. Euro finanziell belastet. Die durchgeführte**  
1003 **Rettungsmaßnahme war deshalb dazu geeignet, finanziellen Schaden vom Land Schleswig-Holstein**  
1004 **abzuwenden. Dieses gilt im Übrigen nicht nur für den Landeshaushalt, sondern auch für die schles-**  
1005 **wig-holsteinische Wirtschaft. Ein Ausfall der HSH Nordbank hätte für ihre Kreditnehmer und die dort**  
1006 **beschäftigten Arbeitnehmer gravierende Folgen gehabt und für Schleswig-Holstein zu einer drasti-**  
1007 **schsen Verschärfung der Wirtschaftskrise im Jahre 2009 geführt. Mit dem beschlossenen Rettungspa-**  
1008 **ket haben Landesregierung und Landtag die richtigen Maßnahmen ergriffen. Wer hingegen wie die**  
1009 **Fraktion von Bündnis90/Die Grünen die Politik der Landesregierung kritisiert und sogar den Rücktritt**  
1010 **des Finanzministers fordert, der muss sich fragen lassen, ob er seiner eigenen Verantwortung bei der**  
1011 **Ablehnung des Rettungspaketes nachgekommen ist.**

---

<sup>58</sup> Protokoll der 122. Sitzung des Finanzausschusses, 16. Wahlperiode, Seite 8

<sup>59</sup> Pressebericht Spiegel, Ausgabe 15/2009 vom 06.04.2009

<sup>60</sup> Protokoll der 46. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 11 ff.

<sup>61</sup> Protokoll der 46. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 5

<sup>62</sup> Protokoll der 46. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 7

## 1012 **C. Fazit, Ausblick und Schlussfolgerungen**

### 1013 **I . Fazit**

1014 Zusammenfassend sind die CDU-Abgeordneten im Untersuchungsausschuss zu der Einschätzung gelangt,  
1015 dass für die Schieflage der HSH Nordbank in Ihrer Gesamtheit kein unmittelbarer kausaler Zusammenhang  
1016 zu einer einzelnen, genau bestimmbar Entscheidung gezogen werden kann. Vielmehr ist die Ursache in  
1017 dem Zusammenwirken einer Vielzahl von Faktoren zu sehen, die sich über einen Zeitraum von mehreren  
1018 Jahren erstrecken. An dem Zusammenspiel dieser zahlreichen Einzelaspekte waren die unterschiedlichen  
1019 Bankvorstände, Anteilseigner und Aufsichtsräte ebenso beteiligt wie auch die Vertreter von Wirtschaftsprü-  
1020 fern, Rating-Agenturen und Bankenaufsicht. Die von verschiedenen Zeugen sinngemäß geäußerte Auffas-  
1021 sungsung „bis zu meinem Ausscheiden, war bei der Bank alles in Ordnung“ – wobei diese Beschreibung je nach  
1022 Datum des Ausscheidens wahlweise auf das Jahr 2005, 2006 oder Ende 2007 terminiert wurde – ist dabei  
1023 ebenso wenig sachgerecht wie der leicht durchschaubare politische Versuch, vorrangig oder sogar aus-  
1024 schließlich Finanzminister Rainer Wiegard in das Zentrum der Kritik zu rücken.  
1025

1026 Richtig ist nach Auffassung der CDU-Abgeordneten vielmehr, dass bereits bei Gründung der HSH Nordbank  
1027 mit der vereinbarten Geschäftssatzung wichtige Weichenstellungen vorgenommen wurden, welche die späte-  
1028 re Fehlentwicklung ermöglicht und begünstigt haben. Mit der Ausrichtung der HSH Nordbank zu einer wach-  
1029 tumsorientierten, internationalen Geschäftsbank hat sich die damalige rot-grüne Landesregierung ganz be-  
1030 wusst gegen das risikoarme Modell eines regional tätigen Spitzeninstituts der Sparkassen entschieden. Als  
1031 mindestens genauso schwerwiegend ist die ungehemmte Inanspruchnahme der Gewährträgerhaftung anzu-  
1032 sehen. Die bis zu deren Wegfall am 18. Juli 2005 aufgenommenen Mittel in Höhe von 165 Mrd. Euro beein-  
1033 flussten das Anlageverhalten der HSH Nordbank im Kreditersatzgeschäft und schränkten die zukünftigen  
1034 Handlungsalternativen des Landes Schleswig-Holstein weitgehend ein. Als besonders gravierend hat sich  
1035 auch die Überforderung der Bank in den ersten Gründungsjahren mit der gleichzeitigen Bewältigung des Fu-  
1036 sionsprozesses, der strategischen Neuausrichtung und der Umstellung des Rechnungswesens auf IFRS  
1037 Bilanzierung erwiesen. Die hierdurch verursachte Überstrapazierung der Ressourcen und Managementkapa-  
1038 zitäten der HSH Nordbank stellt die Ursache für die in den Jahren 2007 und 2008 erkennbar gewordenen  
1039 Schwächen im Risikomanagement dar.  
1040

1041 Neben den Weichenstellungen in der Gründungsphase kommt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise  
1042 eine besondere Tragweite für die Schieflage der HSH Nordbank zu. Die schwerwiegenden Folgen der Pleite  
1043 der Investmentbank Lehman Brothers sind dabei als entscheidender Auslöser für die sich dramatisch zuspit-  
1044 zende Entwicklung anzusehen. Aus der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses haben sich für die CDU-  
1045 Abgeordneten keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Dimensionen der Finanz- und Wirtschaftskrise  
1046 bereits im Jahr 2007 für Vorstand und Aufsichtsrat vorhersehbar gewesen wären. Alle diesbezüglichen Aus-  
1047 sagen wurden erst nachträglich getroffen. Weder von Herrn Dr. Marnette noch von Seiten der Fraktion Bünd-  
1048 nis90/Die Grünen sind entsprechende Warnungen gegenüber dem Landtag aus dem Jahr 2007 bekannt.  
1049

1050 Sicherlich wäre aus heutiger Sicht zu wünschen gewesen, dass sich der Aufsichtsrat für eine risikoärmere  
1051 Strategie eingesetzt und bei Ausbruch der Subprime-Krise im Jahr 2007 aktiver eingegriffen hätte. Angesichts  
1052 einer Berichterstattung durch den Vorstand, die bis weit in das Jahr 2008 hinein tendenziell positiv geprägt  
1053 war und eine besorgniserregende Situation bis zu Letzt verneint hat, kann dem Aufsichtsrat hieraus allerdings  
1054 kein Vorwurf gemacht werden. Dieses gilt umso mehr, als die Sichtweise des Vorstands durch die erteilten  
1055 Bestätigungsvermerke der Wirtschaftsprüfer und das Nicht-Eingreifen der Bankenaufsicht unterstützt wurde.  
1056  
1057

1058 Über folgenschwere Vorstandsentscheidungen wie die Modifikation des Schnellankaufverfahrens oder den  
1059 Abschluss der Omega-Geschäfte hat der Vorstand den Aufsichtsrat entweder überhaupt nicht oder erst weit  
1060 nach Abschluss der Geschäfte informiert. Die Rolle des Vorstands ist deshalb deutlich kritischer als die des  
1061 Aufsichtsrates zu beurteilen. Während sich der Aufsichtsrat nur ein indirektes Urteil aus den Berichten von  
1062 Vorstand und Wirtschaftsprüfern bilden konnte, hätten dem Vorstand die Mängel im Risikomanagement un-  
1063 mittelbar aus dem täglichen, operativen Geschäft heraus bewusst werden müssen. In den diesbezüglichen  
1064 Versäumnissen des Vorstandes ist deshalb das eigentliche Versagen und fahrlässige Handeln zu sehen.

1065  
1066 Bei Eintritt der existenziellen Krise der HSH Nordbank ist der Landesregierung uneingeschränkt ein schnel-  
1067 les, zielstrebiges und erfolgreiches Handeln zu konstatieren. Mit dem innerhalb kürzester Zeit entwickelten,  
1068 beschlossenen und umgesetzten Rettungspaket konnte der Untergang der Bank und damit ein immenser  
1069 finanzieller Schaden für das Land und die heimische Wirtschaft vermieden werden. Die Krise der HSH Nord-  
1070 bank hätte von Regierung und Parlamentsmehrheit nicht besser bewältigt werden können. Dagegen stellt die  
1071 Ablehnung des Rettungspakets durch die damaligen Oppositionsfraktionen eine schwerwiegende Fehlent-  
1072 scheidung dar, mit der die Opposition ihrer Verantwortung in keiner Weise gerecht geworden ist.

1073  
1074 Im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand der Information des Parlaments durch die Landesregierung  
1075 hat sich der erhobene Vorwurf der Täuschung des Parlaments nicht bestätigt. Durch die Arbeit des Untersu-  
1076 chungsausschuss konnte vielmehr belegt werden, dass dem Parlament und seinen zuständigen Ausschüs-  
1077 sen zum Zeitpunkt der jeweiligen Abstimmung alle erforderlichen Informationen vorlagen und relevante Risi-  
1078 ken von der Landesregierung vollumfänglich benannt waren.

1079

## 1080 **II. Aktuelle Entwicklung und Ausblick**

1081

1082 Seit der Beschlussfassung zum Rettungspaket hat sich die HSH Nordbank Quartal für Quartal positiver ent-  
1083 wickelt, als es die zugrundeliegenden Planungen vorsahen. Bestand die Verbesserung im Jahr 2009 noch  
1084 darin, dass die Verluste geringer ausfielen als zunächst erwartet, so erfolgte im Jahr 2010 die Rückkehr in  
1085 die Gewinnzone. Ab dem 2. Quartal wurden wieder positive Ergebnisse im operativen Geschäft erzielt. Für  
1086 das Gesamtjahr ergab sich ein Ergebnis nach IFRS vor Restrukturierung in Höhe von 545 Mio. Euro. Unter  
1087 Berücksichtigung des Aufwands für die Garantien des SoFFin und der Länder Hamburg und Schleswig-  
1088 Holstein verblieb ein Konzerüberschuss in Höhe von 48 Mio. Euro.<sup>63</sup> Im selben Zeitraum reduzierte die HSH  
1089 Nordbank ihre Bilanzsumme von rund 200 Mrd. Euro Anfang 2009 auf nunmehr 151 Mrd. Euro per 31. De-  
1090 zember 2010. Die Kernkapitalquote der Bank hat sich hierdurch deutlich auf 15,4% verbessert.<sup>64</sup>

1091

1092 Die positive Ergebnisentwicklung sowie die gestärkte Kernkapitalquote erlauben es der HSH Nordbank nun-  
1093 mehr die staatlichen Garantien schrittweise zurückzuführen. Die von Seiten des SoFFin bereitgestellten Li-  
1094 quiditätsgarantien über maximal 30 Mrd. Euro wurde von der Bank lediglich über 17 Mrd. Euro in Anspruch  
1095 genommen. Diese Inanspruchnahme wurde zwischenzeitlich auf 9 Mrd. Euro zurückgeführt und im Mai 2011  
1096 um weitere 3 Mrd. Euro verringert. Innerhalb von 15 Monaten sollen dann die SoFFin-Garantien auf Null  
1097 zurückgefahren werden.<sup>65</sup> Die zurückerlangte Fähigkeit, ohne staatliche Garantien eine Refinanzierung der  
1098 Bank am Kapitalmarkt vorzunehmen, entlastet die HSH Nordbank somit zunehmend von den an den SoFFin  
1099 zu zahlenden Garantieprovisionen von rund 100 Mio. Euro pro Jahr.

---

<sup>63</sup> Pressemitteilung der HSH Nordbank vom 02. März 2011

<sup>64</sup> Pressemitteilung der HSH Nordbank vom 02. März 2011

<sup>65</sup> [http://www.welt.de/print/die\\_welt/hamburg/article12581979/HSH-Nordbank-reduziert-Staatsgarantien.html](http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article12581979/HSH-Nordbank-reduziert-Staatsgarantien.html)

1100 Auch gegenüber den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein hat die HSH Nordbank angekündigt, im Jahr  
1101 2011 mit einem Abbau der gewährten Risikogarantien zu beginnen. Die ersten 3 Mrd. Euro der insgesamt 10  
1102 Mrd. Euro umfassenden Risikoabschirmung werden ab März 2011 zurückgeführt.<sup>66</sup> Bei Fortsetzung dieses  
1103 Abbautempos wären die Risikogarantien somit bis 2014 restlos erledigt. Parallel hierzu sinken auch die Haf-  
1104 tungsrisiken der Länder aus der bis 2005 eingegangenen Gewährträgerhaftung. Diese fällt bis Ende 2015 auf  
1105 ein Sockelbetrag von unter 5 Mrd. Euro. Zu diesem Zeitpunkt wird das Land Schleswig-Holstein somit weit-  
1106 gehend von Risiken für die HSH Nordbank befreit sein.

1107  
1108 Die Rückführung der Risikogarantien verbessert allerdings nicht nur den Überschuss der HSH Nordbank,  
1109 sondern mindert auch die Einnahmen des HSH Finanzfonds. Konnte dieser im Jahr 2009 Einnahmen aus  
1110 der Garantieprovision für 9 Monate in Höhe von 300 Mio. Euro verzeichnen, waren es im Jahr 2010 für das  
1111 gesamte Kalenderjahr 400 Mio. Euro. Durch den Abbau der Risikoabschirmung werden die Einnahmen in  
1112 den kommenden Jahren sukzessive zurückgehen und ab 2015 gänzlich entfallen. Im gleichen Zeitraum sin-  
1113 ken allerdings auch die Zinsausgaben des HSH Finanzfonds, da die erzielten Überschüsse jeweils für eine  
1114 Tilgung der Kreditaufnahme von 3 Mrd. Euro eingesetzt werden. Bereits jetzt hat sich das Kreditvolumen  
1115 durch die Überschüsse aus den Jahren 2009 und 2010 auf ca. 2,5 Mrd. Euro reduziert. Auch bei Rückfüh-  
1116 rung der Risikoabschirmung werden in den Jahren 2011 bis 2013 voraussichtlich weitere Überschüsse des  
1117 HSH Finanzfonds anfallen, welche das Kreditvolumen auf rund 2 Mrd. Euro reduzieren dürften.

1118  
1119 Angesichts einer gemeinsamen Beteiligungsquote der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein an der HSH  
1120 Nordbank von 85,5 Prozent<sup>67</sup> müsste sich somit bei einem Verkauf der Anteile ein Kaufpreis für die HSH  
1121 Nordbank von rund 2,4 Mrd. Euro ergeben, um aus dem Verkaufserlös die Kreditaufnahme des HSH Finanz-  
1122 fonds vollständig zurückzuführen. Bei einem Verkaufserlös, der dem vorhandenen bilanziellen Eigenkapital  
1123 von rund 4,5 Mrd. Euro entspricht, wäre Schleswig-Holstein zudem in der Lage, die Kredite aus früheren  
1124 Kapitalerhöhungen der HSH Nordbank, die mit einem Volumen von rund 1 Mrd. Euro in der Gesamtver-  
1125 schuldung des Landes enthalten sind, nahezu vollständig zu tilgen.

1126  
1127 **Wie dargestellt hat die Rettung der HSH Nordbank den schleswig-holsteinischen Steuerzahler bis**  
1128 **zum heutigen Tag keinen einzigen Cent gekostet. Bei einer Veräußerung der Landesanteile an der**  
1129 **HSH Nordbank besteht vielmehr die realistische Chance, das durch den HSH Finanzfonds eingesetz-**  
1130 **te Kapital vollständig zurückzuerhalten. Selbst ein darüber hinaus gehender Verkaufserlös, der dann**  
1131 **zum Abbau der Verschuldung des Landes eingesetzt werden könnte, liegt im Bereich des Möglichen.**  
1132 **In diesem Fall würde sich die Rettung der HSH Nordbank für das Land Schleswig-Holstein letztend-**  
1133 **lich als gutes Geschäft erweisen.**

### 1134 1135 **III. Schlussfolgerungen**

1136  
1137 Mit veränderten Vorschriften zur Finanzmarktregulierung wird weltweit auf die Erkenntnisse der Finanzmarkt-  
1138 krise reagiert. Dies führt zu neuen Vorgaben der BaFin in den Mindestanforderungen an das Risikomanage-  
1139 ment (MaRisk) ebenso wie zu einer veränderten Definition des Eigenkapitals im Rahmen von Basel III. Für  
1140 die HSH Nordbank sind darüber hinaus spezifische Schlussfolgerungen zu ziehen, die teilweise bereits um-  
1141 gesetzt sind:

1142

---

<sup>66</sup> <http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1801690/HSH-Nordbank-macht-wieder-Gewinn-Hamburg-profitiert.html>

<sup>67</sup> Geschäftsbericht 2009 der HSH Nordbank, Seite 173

1143 Die Entlassung der Vorstände Rieck und Friedrich durch den Aufsichtsrat im November 2009 ist vor dem  
1144 Hintergrund der Omega-Geschäfte als begründet und gerechtfertigt anzusehen. Sofern direkte persönliche  
1145 Verantwortlichkeiten für einzelne Fehlentscheidungen festzustellen sind, erfordert dies zwingend personelle  
1146 Konsequenzen. Sollten die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu weiteren Erkenntnissen gelangen, so  
1147 könnten sich hieraus zusätzliche arbeitsrechtliche Konsequenzen ergeben.

1148  
1149 Die Neubesetzung des Aufsichtsrates, dem auf Seiten der Anteilseigner nunmehr vorrangig Wirtschaftsver-  
1150 treter aus den für die HSH Nordbank relevanten Tätigkeitsfeldern Finanzdienstleistungen, Schifffahrt und  
1151 Immobilien angehören, ist zu begrüßen. Die Wahrung der schleswig-holsteinischen Interessen als Anteils-  
1152 eigner ist zugleich durch den entsandten Vertreter des Landes gewährleistet. Mit der Person des früheren  
1153 Vorstandsvorsitzenden der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist auch in personeller Hinsicht eine gute  
1154 Wahl getroffen worden. Die von Bündnis90/Die Grünen vorgeschlagene verbindliche Schulung von politi-  
1155 schen Vertretern in Aufsichtsräten ist hingegen kein geeigneter Weg um das Fehlen von fachlicher Qualifizie-  
1156 rung und beruflicher Erfahrung auszugleichen.

1157  
1158 Um sicherzustellen, dass das Vergütungssystem des Vorstandes keine Fehlanreize setzt, ist die richtige  
1159 Entscheidung getroffen worden, die Zahlung variabler Vergütungen am langfristigen Erfolg der Bank zu ori-  
1160 entieren. Die gestaffelte Auszahlung über mehrere Jahre und Rückgriffsmöglichkeiten auf bereits gezahlte  
1161 Vergütungen sind dabei die richtigen Instrumente, um diese Zielsetzung sicherzustellen.

1162  
1163 Zur Verbesserung des Risikomanagements der Bank ist es zwingend erforderlich, dass die Abarbeitung aller  
1164 von den Wirtschaftsprüfern festgestellten Mängel sowie der neuen Anforderungen der überarbeiteten MaRisk  
1165 konsequent und zeitnah zum Abschluss gebracht wird.

1166  
1167 **Die entscheidende Schlussfolgerung aus den Vorkommnissen der letzten Jahre besteht allerdings**  
1168 **darin, dass sich das Land Schleswig-Holstein von seiner Beteiligung an der HSH Nordbank gänzlich**  
1169 **trennen sollte. Als finanzschwaches Bundesland ist Schleswig-Holstein nicht in der Lage, der HSH**  
1170 **Nordbank dauerhaft das erforderliche Eigenkapital für die Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit zur Ver-**  
1171 **fügung zu stellen. Umgekehrt besteht keine ausreichende Begründung, weshalb die HSH Nordbank**  
1172 **als internationaler Sektorspezialist in der Finanzierung von Schiffen, Flugzeugen und erneuerbaren**  
1173 **Energien öffentlicher Anteilseigner bedarf.** Bereits in ihrem Koalitionsvertrag haben sich CDU und FDP  
1174 deshalb darauf verständigt, sich von der Beteiligung an der HSH Nordbank zu trennen und auf diesem Weg  
1175 das eingesetzte Kapital zurückzuerhalten.

1176  
1177 Die in diesem Zusammenhang häufig geführte Diskussion über eine Konsolidierung der deutschen Landes-  
1178 banken geht dabei allerdings in eine falsche Richtung. Durch eine bloße Zusammenlegung von Landesban-  
1179 ken ergibt sich noch lange kein schlüssiges Geschäftsmodell. Vielmehr droht eine Anhäufung von Klumpen-  
1180 risiken, da die meisten Landesbanken deutliche Überschneidungen in ihren Geschäftsfeldern und Kredit-  
1181 nehmern aufweisen. Im Falle einer Fusion oder gar der Bildung einer gemeinsamen „Bank deutscher Länder“  
1182 wäre Schleswig-Holstein zudem auf die Rolle eines Kleinaktionärs ohne nennenswerte Mitspracherechte  
1183 reduziert. Gleichzeitig würde aber das von Schleswig-Holstein eingesetzte Kapital dauerhaft in einer solchen  
1184 Landesbank gebunden sein, ohne dass die Möglichkeit zu einem Verkauf und damit einer Tilgung der aufge-  
1185 nommenen Kredite bestünde. Vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass nunmehr auch die Fraktion von  
1186 Bündnis90/Die Grünen eine Veräußerung der Anteile des Landes an der HSH Nordbank unterstützt, nach-  
1187 dem bislang von dieser Seite eine Konsolidierung der deutschen Landesbanken präferiert worden war.

1188 Angesichts weiterhin bestehender Marktunsicherheiten – insbesondere drohender Staatsschuldenkrisen in  
1189 Europa und den USA – sollte sich die HSH Nordbank bis zu einer Entscheidung über den Verkauf der Lan-  
1190 desanteile auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, neue Risiken nur äußerst restriktiv eingehen und vor allem  
1191 bestehende Risiken im Kreditsatzgeschäft und den nicht fortzuführenden Geschäftseinheiten weiter abbau-  
1192 en.